

Zeitschrift: Arbido
Herausgeber: Verein Schweizerischer Archivarinnen und Archivare; Bibliothek Information Schweiz
Band: - (2007)
Heft: 3: Überlieferungsbildung - Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung für Transparenz = Constitution des archives - partager les responsabilités et garantir la transparence = Costituire archivi - Collaborazione e responsabilità comune per garantire la trasparenza

Artikel: Überlieferungsbildung - revisted : (Selbst-)kritische Diskussionsanstösse zur Einleitung = Constitution du patrimoine archivistique - revisited : impulsions (auto)critiques en guise d'introduction
Autor: Kellerhals, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-769505>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1. Einleitung *Introduction*

Überlieferungsbildung – revisted (Selbst-)kritische Diskussionsanstösse zur Einleitung

Andreas Kellerhals
Präsident VSA-AAS
Direktor
Schweizerisches Bundesarchiv
Bern

Denkgruppe Koordination Überlieferungsbildung

Der VSA-AAS hat eine Denkgruppe Koordination Überlieferungsbildung eingesetzt, um zu prüfen, wie er heute die unsere Zeit «prägenden Einflüsse langfristig dokumentieren» könnte, wozu zwar «seit alters die Dokumentation staatlichen Handelns – zur Rechtssicherung einerseits, andererseits und später zusätzlich zur demokratischen Rechenschaftsablegung – gehören». Nach Meinung des Mandatgebers sind aber seit langem «Staaten nicht mehr die einzigen, häufig nicht einmal mehr die wichtigsten Einflussfaktoren, welche Gesellschaft, Wirtschaft oder Kultur prägen». Die Denkgruppe hat deshalb die Tragweite dieser Problemstellung auszuloten und Lösungsansätze zu skizzieren und evaluieren.

Diese Denkgruppe, für die sich rasch viele interessierte Kolleginnen und Kollegen fanden, hat bis jetzt drei Sitzungen durchgeführt. Die Ergebnisse der Arbeit sind noch sehr vorläufig und lassen sich nicht einfach zusammenfassen. Es hat sich aber rasch gezeigt, dass der Diskussionsbedarf grösser ist, als anfänglich angenommen. Die Diskussionen wurden durch ein breites Spektrum an Vorstellungen

geprägt. Eine einheitliche Haltung hat sich am ehesten noch abgezeichnet in Bezug auf ein Unbehagen gegenüber der gegenwärtigen Situation, schon deutlich weniger aber bezüglich möglicher Lösungen¹

In dieser Situation macht es Sinn, das Mandat zu überdenken und dessen implizite Annahmen auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Es ist ja nie auszuschliessen, dass einige Annahmen eher in die Kategorie der Vorurteile, als der wirklich empirisch fundierten Be-

Archivierung ist eine Voraussetzung für das Funktionieren einer Gesellschaft. Sie erfüllt Beweis-, Gedächtnis-, Verständnis- und Identitätsfunktionen, d.h. es gibt einen juristischen, einen organisatorischen, einen wissenschaftlichen und einen sozialen Nutzen.

funde oder logisch kohärenten Ideen gehören. Die Begriffe *Koordination* und *Überlieferungsbildung* verknüpfen möglicherweise unterschiedliche Probleme, welche weder mit einer noch mit gleichen Massnahmen gelöst werden können.

Trotz allem oder gerade deshalb: Eine Diskussion tut Not. Mit dieser *arbitrio*-Nummer soll eine erste Serie von Beiträgen Fragen um eine erweiterte Überlieferungsbildung von unterschiedlichen Seiten beleuchten. Diese sind als Input und Anregung zur Dis-

kussion für die Arbeitstagung 2008 gedacht. Dabei geht es nicht nur darum, die verschiedenen Standpunkte in der Schweiz zu dokumentieren. Ein Blick über die Landesgrenzen hinaus zeigt uns, wie andernorts mit vergleichbaren Fragen und Herausforderungen unter den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen umgegangen wird.

Wozu archivieren?

Ich möchte zur Einleitung einige Überlegungen aus meiner persönlichen Perspektive und im Lichte der Erfahrungen aus der Denkgruppenarbeit vorstellen. Dazu scheint es mir unerlässlich, als Ausgangspunkt festzuhalten, wozu Archivierung dienen soll. In Anlehnung an Bruno Delmas lässt sich folgendes knapp zusammengefasst: Archivierung ist eine Voraussetzung für das Funktionieren einer Gesellschaft. Sie erfüllt Beweis-, Gedächtnis-, Verständnis- und Identitätsfunktionen, d.h. es gibt einen juristischen, einen organisatorischen, einen wissenschaftlichen und einen sozialen Nutzen. Die Beweis-

¹ Für das Mandat siehe www.vsa-aas.org/uploads/media/Mandat_DG_Ueberlieferung.pdf, die Liste der mitwirkenden Archivarinnen und Archivare ist im Jahresbericht 2006 publiziert (S. 21), www.vsa-aas.org/uploads/media/rapport_2006_01.pdf, die Protokolle der Denkgruppe finden sich unter www.vsa-aas.org/Projekt_Ueberlieferung.296.o.html

funktion schafft die Voraussetzung, Rechte wahrzunehmen und zu verteidigen; die Erinnerungsfunktion ist die Basis aller Erfahrung und eines Bewusstseins seiner eigenen Herkunft; die Wissensfunktion nutzt die Archive als Quelle für verschiedenste historische Erkenntnisse und die Identitätsfunktion stützt sich u. a. auf die Archive als Quelle der Geschichte(n) für gemeinsame Erinnerungen, welche sozialen Zusammenhalt ermöglichen.²

Diese vierfache Funktion der Archivierung ist das Ergebnis einer histo-

rischen Entwicklung. Das gleiche gilt für die schweizerische Archivlandschaft: Ein Bundesarchiv, sechsundzwanzig Kantonsarchive und zahlreiche – aber bei weitem nicht an die dreitausend – Gemeindearchive, ausserdem Kirchenarchive, Universitätsarchive, ein Sozialarchiv, ein Wirtschaftsarchiv, ein Archiv für Zeitgeschichte, eine unbekannte Zahl Unternehmensarchive, Archive von Verbänden, Parteien, Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen ... – alles als selbständige öffentliche, öffentlich finanzierte oder private, grosse arbeitsteilig organisierte oder kleine Ein-Personen-Institutionen, aktiv oder passiv, mit beschränkten oder sehr beschränkten Mitteln.

Die Archivlandschaft der Schweiz präsentiert sich äusserst vielfältig, was auch als Zersplitterung wahrgenommen werden kann. Die bisherigen Überlieferungen sind reichhaltig, aber kaum aufeinander abgestimmt.³ Auch diese Archivlandschaft ist das Ergebnis der historischen Entwicklung.

Staat und Archive: Tradition sowie ...

Insofern staatliche Archive das Rückgrat der Archivlandschaft bilden, soll zuerst einmal die Entwicklung des Staates und seiner Archive dargestellt werden: Archive haben bis heute ihre Funktion und Form entsprechend der Entwicklung des Staates vom frühneuzeitlichen Polizei- über den Rechts- zum heutigen Sozial- oder Wohlfahrtsstaat immer wieder verändert. Der Staat hat in dieser Zeit das Monopol legitimer Gewaltausübung erlangt, die Gewährleistung einer einheitlichen Rechtssetzung, -umsetzung und -durchsetzung übernommen und ist

heute wesentlich verantwortlich nicht nur für die Bekämpfung physischer, sondern auch struktureller Gewalt (z.B. wirtschaftliche Prekarität, Umweltschäden), sondern auch und für eine weitgehende Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger (Sozialversicherung, Gesundheitswesen, Ausbildung etc.).⁴

Während dieser Zeit erfüll(t)en Archive unterschiedliche Funktionen: Stand am Anfang die Frage der Sicherung eigener Rechtstitel und Versuche zur Monopolisierung des Wissens über die Rechtslage (Herrschaftswissen), so kam mit dem Rechtsstaat die Notwendigkeit, materielle und prozedurale Rechtmässigkeit von Interventionen nachweisen zu können (Gesetz-mässigkeit, Willkürverbot, Parteienrechte). Dies schuf Sicherheit und ermöglichte Kalkulierbarkeit, wesentliche Voraussetzungen auch für die freie Marktwirtschaft.⁵ Mit der Demokratisierung wurde der Anspruch auf Gewährleistung einer solchen überprüfbaren Rechtmässigkeit vom letztlich beschränkten verfahrensrechtlichen (Parteien-) Anspruch auf eine grundsätzliche Überprüfung der guten Regierungsführung durch alle Interessierten ausgeweitet.

Am Schluss dieser historischen Entwicklung steht im modernen demokratischen Rechts- und Interventionsstaat, wie er für die Zeit nach 1945, dem sogenannten «goldenen Zeitalter der Moderne» (E. J. Hobsbawm), selbstverständlich war, das öffentliche Archiv, welches staatliches Handeln in seinen wesentlichen Zügen zumindest repräsentativ dokumentiert und nachvollziehbar macht und zu dem der Zugang für alle in Form eines Rechtsanspruchs gesichert ist.⁶ Überprüfbare Rechtmässigkeit schafft Legitimation und allgemeines Vertrauen in den Staat, der oft dem Bürger als «gleichzeitig treuester Freund und furchtbarster Feind»⁷ erscheint. Vertrauen ist auch Voraussetzung für eine funktionierende Marktwirtschaft. Vertrauen setzt einen Willen zur Wahrheit voraus, welcher sich offensichtlich selbst ökonomisch und politisch auszuzahlen scheint.⁸ Den Beitrag der Archive zur Vertrauensbildung und Legitimation zu gering zu schätzen, die dafür notwendigen Leistungen gar einsparen zu wollen,

2 Diese Überlegungen folgen Bruno Delmas, *La société sans mémoire. Propos dissidents sur la politique des archives en France*, Paris 2006, speziell S. 13–45: *Les Archives, ça sert à quoi?*

3 Barbara Roth-Lochner, Rodolfo Huber, *Les Archives en Suisse*, in: Gilbert Coutaz et al. (Hg), *Archivpraxis in der Schweiz – Pratiques archivistiques en Suisse*, Baden 2007, S. 29–45 mit vielen weiterführenden Literaturnachweisen. Dies., Johanna Gisler, *Accroissements et collecte: les archives sur le «marché» patrimonial*, a.a.O. S. 303–318.

4 Wir folgen hier wesentlich Stephan Leibfried, Michael Zürn (Hg), *Transformationen des Staates*, Frankfurt/M 2006, welche bereits vorliegende Ergebnisse des Sonderforschungsbereichs *Staatlichkeit im Wandel* zusammenfassen.

5 Rechtssicherheit kann als «das gewährleistete Vertrauen in das Bestehen des Rechts und in seine unparteiische und gerechte Handhabung» gelten. Franz Scholz, *Die Rechtssicherheit*, Berlin 1955, S. 3, zitiert nach Franz-Xaver Kaufmann, *Einführung: Diskurse über Staatsaufgaben*, in: Dieter Grimm (Hg), *Staatsaufgaben*, Frankfurt/M 1999, S. 23. Dieser Anspruch bezog sich selbstverständlich auch auf die zunehmende Zahl wohlfahrtsstaatlicher Einzelakte.

6 Vgl. dazu das Bundesgesetz über die Archivierung von 1998 (BGA, SR 151.1), welches explizit das vorher geltende Wissenschaftsprivileg abgeschafft und den Rechtsanspruch auf freien und unentgeltlichen Zugang zum Archivgut des Bundes innerhalb der Schutzfristen definiert (Art. 9–12) und in der dazu gehörenden Verordnung auch dessen materiellen Umfang bestimmt hat.

7 Stephan Leibfried, Michael Zürn wie Fussnote 4, S. 23. Zu den demokratischen Defiziten gerade im Bereich der Bewertung und Überlieferungsbildung vgl. Jacques Derrida, *Dem Archiv verschrieben. Eine Freudsche Impression*, Berlin 1997, S. 14f.

8 Es gibt interessante wissenschaftliche Ansätze, welche zeigen, unter welchen Bedingungen sich Lügen für Akteure lohnt und wie die Anreize zum Lügen verringert werden können, bzw. wie in deliberativen Modellen Wahrheit und Wahrhaftigkeit einen grösseren, eigenständigen Stellenwert haben, wenn es um die Kraft der Argumente und die freie Entwicklung eigener Meinungen geht. In solche Überlegungen lässt sich auch die Funktion der Archivierung integrieren. Vgl. dazu die Sammelrezension von Jürg Steiner, *Lüge und Wahrhaftigkeit. Politikwissenschaftliche Modelle und empirische Anwendung*, NZZ 20. Juli 2007, S. B5.

könnte ungeahnte und auch ungewollte Wirkungen haben.⁹

... Veränderungen und Herausforderungen

Der «Einfluss [des Staates] auf die Lebensverläufe seiner Einwohnerschaft ist nach wie vor umfassender und durchschlagender als der jeder anderen sozialen Organisation» – aber er ist nicht mehr der einzige namhafte Einfluss.¹⁰ Stimmt diese Einschätzung, so bleibt staatliche Überlieferung zentral, aber ebenfalls nicht mehr die einzig wesentliche. Dies erscheint insofern folgerichtig, als gerade in der Schweiz viele staatliche Aufgaben seit langem von nicht-staatlichen Organisationen wahrgenommen werden, d.h. die Verschränkung des staatlichen Bereichs mit dem privatrechtlich organisierten eng ist. Die systemische Abgrenzung des staatlichen Bereichs wird entsprechend unterschiedlich verstanden. Zumindest der Bundesstaat hat dieser

Den Beitrag der Archive zur Vertrauensbildung und Legitimation zu gering zu schätzen, die dafür notwendigen Leistungen gar einsparen zu wollen, könnte ungeahnte und auch ungewollte Wirkungen haben.

Erkenntnis in seinem neuen Archivierungsgesetz Rechnung getragen und die Archivierungspflicht auf einen Teil des nicht-staatlichen Bereichs ausdehnt, weil sonst nicht einmal mehr sein eigenes, allerdings delegiertes Handeln nachvollziehbar wäre.¹¹

Diese Unschärfe in der Abgrenzung des Staatlichen wird durch Entwicklungen seit dem späten 20. Jahrhundert weiter verschärft: Stichworte sind dazu Globalisierung und wachsende Komplexität, d.h. einerseits das Auseinanderfallen des Handlungsraumes verschiedenster Akteure und des staatlichen Regelungsraumes, andererseits die abnehmende sachliche Problemlösungskapazität des Staates, welcher ohne Beizug privater oder zivilgesellschaftlicher Akteure Lebenswelt nicht mehr erfolgreich gestalten kann.¹² Daraus ergeben sich die vom VSA anvisierte Erweiterung der archivischen Überlieferung sowie der reklamierte

Koordinationsbedarf in der Überlieferungs-bildung.

Wie archivieren?

Staatliche Überlieferung ist und bleibt für den demokratischen Rechtsstaat zentral und unverzichtbar, weil ein demokratischer Rechtsstaat gegenüber dem Souverän und allen Rechtsunterworfenen immer rechenschaftspflichtig ist und -fähig sein muss. Mit Blick auf die vierfache Funktion der Archivierung ist es notwendig, die archivische Überlieferung über ihren herkömmlichen Kern staatlicher Überlieferung hinaus auszudehnen, denn es ist legitim, nicht nur vom Staat eine öffentliche Rechenschaftspflicht einzufordern, sondern von allen Entscheidungsträgern, deren Entscheidungen auch in sozialer, räumlicher oder zeitlicher Perspektive weit reichende Folgen haben, für welche also konkrete Entscheidungsträger Verantwortung zu übernehmen haben.¹³

Grundsätzlich ist dem Mandat der Denkgruppe zuzustimmen, wenn dort festgehalten wird, dass eine archivische Überlieferung mehr als nur die staatlichen Handlungen dokumentierend erfassen und nachvollziehbar spiegeln sollte. Hier stellen sich verschiedene weiterführende Fragen, wie beispielsweise: Wie viel Überlieferung braucht es heute (Umfang)? Wie sollen diese Überlieferungen gebildet werden, d. h.

nach welchen Kriterien soll die Archivwürdigkeit bestimmt werden (Bewertung)? Wem soll diese erweiterte Überlieferung nützen und wer soll für diese verantwortlich sein (Verantwortung)?

Staatliche Überlieferung ist und bleibt für den demokratischen Rechtsstaat zentral und unverzichtbar, weil ein demokratischer Rechtsstaat gegenüber dem Souverän und allen Rechtsunterworfenen immer rechenschaftspflichtig ist und -fähig sein muss.

Hat der Staat bzw. haben die staatlichen Archive hier eine besondere Aufgabe wahrzunehmen? Was ist die Rolle des VSA? Die Denkgruppe sollte zu deren Klärung beitragen.

Der *Umfang* einer zusätzlichen nicht-staatlichen Überlieferung kennt grundsätzlich keine «natürlichen» Grenzen. Neben der Wirtschaft (Unter-

10 Stephan Leibfried, Michael Zürn wie Fussnote 4, S. 11.

11 Dem trägt das neue Bundesgesetz über die Archivierung in Art. 1 Abs. 1 lit. h Rechnung: «Dieses Gesetz regelt die Archivierung von Unterlagen [...] weiterer Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, soweit sie ihnen übertragene Vollzugsaufgaben des Bundes erfüllen, mit Ausnahme der Kantone». Vgl. auch den Bericht des Bundesrates zur Auslagerung und Steuerung von Bundesaufgaben (Corporate-Governance-Bericht) vom 13. September 2006.

12 Der Begriff der Zivilgesellschaft ist etwas schwammig, vgl. dazu als interessante Einführung und teilweise Klärung: Jürgen Schmidt, Zivilgesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement von der Antike bis zur Gegenwart (Texte und Kommentare), Rowohlt's Enzyklopädie, Reinbek bei Hamburg 2007. «Politik besteht längst nicht mehr im Durchsetzen von Vorstellungen der Inhaber der Staatsgewalt, sondern im Aushandeln mit gesellschaftlichen Organisationen, die auf diese Weise ein Mitspracherecht für grosse Teile des Staatshaushaltes besitzen.» Wolfgang Reinhard, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 518.

13 Zwar nicht neu, aber immer noch inspirierend: Hans Jonas, Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt/M 1984.

9 Bei allen historischen Darstellungen der Geschichte der Staatsgewalt und Analysen der Transformation des Staates taucht immer wieder eine Überlegung auf: «Allerdings könnte es sein, dass die «Global Players», die meinen, den Staat als Garanten ihrer Geschäfte nicht mehr nötig zu haben, erst merken, dass dies ein Irrtum war, wenn es zu spät ist und sie ihn bereits zerstört haben.» Ein zerstörter Staat kann weder Marktmechanismen gewährleisten, noch infrastrukturelle Leistungen erbringen, noch die Auswüchse des Marktes korrigieren. Wolfgang Reinhard, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 522. Ähnlich auch Stephan Leibfried (wie Fussnote 4) und dazu die Rezension «Untertanenfabrik? Ach wo! Ohne starken Staat gibt es weder Demokratie noch Marktwirtschaft», in: Die Zeit 16. Mai 2007, S. 12.

nehmen und Verbände) können auch politische, soziale und kirchliche Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Frauenverbände etc.), Nicht-Regierungs-

- 14 Margrit Müller, Einleitung: Unternehmensarchive als Kulturgüter, in: Unternehmensarchive – ein Kulturgut? Beiträge zur Arbeitstagung Unternehmensarchive und Unternehmensgeschichte, hg. vom Schweizerischen Wirtschaftsarchiv und vom VSA, Baden 2006, S. 9–14, S. 7.
- 15 Vgl. die Resolutionen des Internationalen Archivrats: XXXVIII^{ème} Conférence internationale de la Table ronde des Archives (CITRA), Abou Dhabi, Emirats arabes unis, 27 novembre – 1^{er} décembre 2005. Résolutions: 2. Résolutions concernant la bonne gouvernance et le développement; 3. Résolution concernant la responsabilité sociale des entreprises.
- 16 Margrit Müller wie Fussnote 14, S. 9; in eine gleiche Richtung eines neuen Verantwortlichkeitsgefühls deuten auch die sich häufenden Hinweise und Bemühungen, auch in privaten Unternehmungen ein sorgfältiges Records oder Information Management einzuführen, welches den gegenwärtigen compliance-Anforderungen genügen kann, vgl. dazu Jacques Beglinger et al., Records Management. Leitfaden zur Compliance bei der Aufbewahrung von elektronischen Dokumenten in Wirtschaft und Verwaltung mit Checklisten, Mustern und Vorlagen, Zollikon 2004, Lukas Fässler, Records Management. Sorgfaltspflicht für Führungskräfte, Rheinfelden 2006.
- 17 Margrit Müller wie Fussnote 14, S. 10.
- 18 Zu diesen Begriffen vgl. Theodore R. Schellenberg, Die Bewertung modernen Verwaltungsschriftgutes (übersetzt und herausgegeben von Angelika Menne-Haritz), Marburg 1999 (Original 1956): Zum Evidenzwert S. 31ff, zum Informationswert S. 58ff; im Rahmen der Überlegungen zum Informationswert nennt Schellenberg am Rande auch den «Gefühlswert», bei dessen Anwendung allerdings «auf die Verhältnismässigkeit [zu] achten» sei (S. 66).
- 19 «Die Zurückhaltung innerhalb der schweizerischen Archivlandschaft war erstaunlich gross [...], der Eindruck bleibt, dass man sich nicht sehr gern zu diesem Thema äussert», das war der Befund nach der etwas zähflüssigen Suche nach Autorinnen und Autoren für Beiträge zur SZG-Nummer 4/2001, Überlieferungsbildung und Bewertung, Einleitung, S. 416.

organisationen und Medien, Standes- und Berufsorganisationen, staatsbürgerliche, militärische, wissenschaftliche, kulturelle Vereinigungen, Organisationen für die Jugend, das Alter, für Gesundheit, Sport oder Geselligkeit u.v.m. sowie auch individuelle Personen in entscheidender Funktion als potentielle Verantwortungsträger mit ihren Unterlagen darin inbegriffen werden. Die bisherige Überlieferungsbildung in diesen Bereichen ist sehr unterschiedlich, denn gerade kirchliche Institutionen verfügen ähnlich wie der Staat z. T. über sehr weit zurückreichende und professionelle Archive, umgekehrt ist eine nachhaltige Überlieferungsbildung gerade bei politischen oder sozialen Bewegungen, oft aber auch bei Einzelpersonen kaum möglich, wie Urs Kälin in seinem Beitrag in diesem Heft ausführt.

Besonderes Interesse geniesst diesbezüglich sicher die Überlieferungsbildung in der Wirtschaft. «Unternehmen prägen nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch den Alltag der meisten Menschen. Ihre Archive enthalten daher Informationen, die für das Verständnis der Wirtschafts- und Sozialgeschichte und damit unserer Kultur im Allgemeinen wesentlich sind.»¹⁴ Auch der Internationale Archivrat hat sich in Resolutionen mehrmals geäussert und speziell die grossen, international tätigen Unternehmungen aufgerufen, hier aktiver zu werden und eine Archivierung als vertrauensbildende Massnahme zu verstehen und soziale Verpflichtung wahrzunehmen.¹⁵

Auch wenn es keine gesetzlichen Pflichten für die langfristige Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen gibt, nehmen in der Schweiz namentlich international tätige und verschiedensten Rechenschaftspflichten unterworfenen Unternehmungen diese Aufgabe ernst und führen professionelle Archive. Diese dienen sowohl der Geschäftsführung (corporate governance, interne Rechenschaftspflichten und Aufsichtsregeln), der Rechtswahrung (Patente, andere Rechtsansprüche) wie auch der Schadensabwehr, der Risikominimierung (Haftungsfragen, Rufschädigung) oder der eigenen Legitimierung (social responsibility, corporate citizenship).

Es gibt also gute geschäftliche Gründe, «Unterlagen über vergangene

Ereignisse und Entwicklungen weit über das gesetzliche Erfordernis hinaus aufzubewahren»¹⁶ und in der Geschichtsschreibung zeigt beispielsweise die Auswertung solcher Archive im Rahmen der Forschungsarbeiten der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, dass dank «in den Unternehmensarchiven aufbewahrten Aktenbestände[n] [...] fundierte, das heisst auf Quellen abgestützte Einsichten über Vorgänge, die sonst Gegenstand von Vermutungen und Spekulationen geblieben wären», gewonnen werden konnten.¹⁷

Bei einer Erweiterung der Überlieferungsbildung wird immer die Frage der *Bewertung*, die Entscheidung über die Archivwürdigkeit, eine zentrale Rolle spielen. Erstes Kriterium für diese Auswahl muss auch bei nicht-staatlicher Überlieferung der Evidenzwert sein, allenfalls ergänzt um den Informationswert, in seltensten Fällen einmal auch um den Gefühlswert.¹⁸ Die Bewertung beantwortet nicht nur die Frage, was überliefert werden, sondern auch für wen die Überlieferung nützlich sein soll, für den Staat (einen Akteur) oder für die Gesellschaft als Ganzes.

Eine erweiterte Überlieferungsbildung stellt hier kaum neue theoretische Herausforderungen. Sie könnte allerdings gewisse praktische Schwächen deutlicher machen: Bereits bei der staatlichen Überlieferungsbildung durch Bewertung fehlt es ja etwas am Willen zur Kooperation und zur öffentlichen Diskussion konkreter Bewertungsentscheide oder -strategien.¹⁹ Dabei bietet sich der föderalistische Aufbau des Archivwesens geradezu an für kooperative Bewertung, zumindest bei den Unterlagen zum Vollzug der Bundesaufgaben, welche generisch für alle Kantone einheitlich oder komplementär bewertet werden könnten, so wie innerhalb vieler Kantone einheitliche Bewertungsraster für die Gemeindeunterlagen bestehen. Solche Zusammenarbeit ist aber auch Voraussetzung für eine transparente Überlieferungsbildung. Soll die Überlieferungsbildung im skizzierten Sinne erweitert werden, dann ist viel mehr Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den verschiedenen Handlungs- und Archivbereichen notwendig.

Wer trägt die Verantwortung für die Archivierung in einem erweiterten Bereich? Das hängt wohl von der Motivation zur Archivierung ab. Wir sind überzeugt, dass Eigeninteresse und Eigennutz langfristig die einzige nachhaltige Triebfeder sein können. Akteure, Verantwortungsträger, müssen überzeugt sein, dass sie dank Archivierung einen (materiellen oder immateriellen) Vorteil haben. Eine von aussen auferlegte Pflicht liesse sich im nicht-staatlichen Bereich kaum durchsetzen oder erst sehr spät, so wie auch das Interesse an der Archivierung sich oft gegenläufig zur abnehmenden politischen und gesellschaftlichen Relevanz entwickelt, wie etwa das Beispiel des Agrarsektors zeigt.

Für eine gelungene Erweiterung der Überlieferungsbildung ist es folg-

lich auch egal, ob Archive nicht-staatlicher Verantwortungsträger in staatlichen Archiven deponiert oder als eigenständige Institutionen, Organisationen oder Abteilungen in Unternehmungen geführt werden.²⁰ Eine interne Lösung drückt klar aus, dass das Archiv für die Unternehmung direkt nützlich ist – für mich ist diesbezüglich immer noch das imposanteste Beispiel das Firmenarchiv von Saint-Gobin, das als selbständiges Profitcenter funktioniert –, eine Auslagerung dagegen zeigt eine grössere Nähe zur Forschung und Auswertung.

Damit ist ein weiterer Punkt angesprochen: «Verbreitet ist die Auffassung, das Unternehmensarchiv gehöre dem Unternehmen, es handle sich dabei um ein privates Gut, und die Geschäftsleitung könne damit machen, was sie will.»²¹ Das gilt nicht nur für Wirtschaftsarchive. Das suggeriert auch der Terminus *Privatarchiv*. «Privat» drückt aber eigentlich nur eine Provenienz – nicht-staatliche Herkunft – und ein Eigentumsverhältnis aus. Es ist aber durchaus so, dass auch an solchem privaten Archivgut ein öffentliches Interesse besteht, wie es gerade im juristischen Bereich durch Rechtsansprüche von Betroffenen zum Ausdruck kommt.²² Hier gilt es klar für einen öffentlichen Zugang zu nicht-staatlichem Archivgut einzutreten. Diese Forderung nach öffentlichem Zugang schliesst allerdings Einschränkungen zum Schutz legitimer Interessen der Informationseigner nie aus.²³ Es geht hier vielmehr um die Frage des demokratisch vertretbaren Masses der Wahrung legitimen Schutzes von Informationen, wie das durch das Öffentlichkeitsprinzip für Staat und Verwaltung neu definiert worden ist und die Immunisierung der Verwaltung gegen Kontrolle aufhebt.²⁴

Hat der Staat eine Verantwortung über die Gewährleistung seiner eigenen Überlieferungsbildung hinaus? Sicher nicht automatisch. Rechenschaftsablage und pragmatische Nutzung der Archive als Führungsinstrumente sprechen dafür, Archivierung als integralen Bestandteil umfassender Verantwortlichkeit der Handelnden zu verstehen. Grundsätzlich ist ein staatliches Engagement durchaus denkbar und in zahllosen Fällen bereits Realität.

Es wird immer wieder festgestellt, dass selbst die «Zukunft der meisten Unternehmensarchive [...] prekär»²⁵ und vieles schon verloren wäre, hätten nicht öffentliche Archive trotz knapper Ressourcen und fehlendem gesetzlichem Auftrag sich an der Überlieferungssicherung beteiligt. Dies zeigt sich in so gegensätzlichen Bereichen wie bei

Wir sind überzeugt, dass Eigeninteresse und Eigennutz langfristig die einzige nachhaltige Triebfeder sein können. Akteure, Verantwortungsträger, müssen überzeugt sein, dass sie dank Archivierung einen (materiellen oder immateriellen) Vorteil haben.

der Agrarpolitik und den Frauenbewegungen, wie Peter Moser in diesem Heft überzeugend nachweist. Ein entsprechendes aktives Engagement des Staates liesse sich etwa in Anknüpfung an Überlegungen zur Weiterentwicklung der Risiko- oder Daseinsvorsorge, etwa im Sinne einer Ignoranzbekämpfung begründen.²⁶

Damit rückte die Frage der Zusammenarbeit noch mehr ins Zentrum. Wir plädieren in diesem Fall klar für eine funktionale organisierte Kooperation innerhalb eines erweiterten Archivwesens, denn die räumlich-territoriale Gliederung wäre ein viel zu enges und sachlogisch nicht (mehr) angemessenes Gehäuse, weder für Bewertungs- und Sicherheitsfragen noch für eine benutzungsfreundliche Zugänglichkeit.

Der VSA-AAS muss die Diskussion auf eine solide Datenbasis stellen und empirisch zu erheben versuchen, wie viel einzelne (staatliche) Archive in die Bewertung investieren und welchen Nutzen und Gewinn sie aus umsichtigen Bewertungsentscheiden und deren konsequenten Umsetzung ziehen. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Bewertung in den einzelnen Archivsprengeln durch Kooperation effizienter gestaltet werden könnte.

Als Vertretung aller Archivtypen und aller Archivarinnen und Archivare muss der VSA-AAS weiter dafür besorgt sein, dass endlich eine Diskussion über konkrete Bewertungsfragen und Abstimmung von Entscheidungen

20 Vgl. zur Standortfrage beispielsweise James M. O'Toole, Foreword, in: ders. (Hg), *The Records of American Business*, Chicago 1997, S. vii–xvii.

21 Margrit Müller wie Fussnote 14, S. 9.

22 Gute Beispiele sind immer die Atomwirtschaft, die Pharmaindustrie, die Agrarindustrie etc. Vgl. dazu z.B. Gavan McCarthy, Ian Upshall, *Radioactive Waste Information: Meeting our Obligations To Future Generations With Regard To The Safety Of Waste Disposal Facilities*, Paris 2006 (ICA Study 18).

23 Das bedeutet in keiner Weise, dass die normativen Zugangsregelungen vereinheitlicht werden müssten. Wichtig ist, dass Zugang innerhalb klar definierter Regeln beansprucht werden kann. Für private Archiveigner kann das, selbst bei einer Archivierung in einem öffentlichen Archiv, vertraglich frei geregelt werden; aber hier gilt, dass eine treuhänderische Archivierung ohne Möglichkeit, das Archivgut zur Nutzung zur Verfügung zu stellen, keinen Sinn macht.

24 Vgl. die Bemerkungen dazu von Wolfgang Reinhard, *Unsere Lügengesellschaft. (Warum wir nicht bei der Wahrheit bleiben)*, Hamburg 2006.

25 Margrit Müller wie Fussnote 14, S. 12

26 Dazu anregend Ulrich K. Preuss, *Risikovor-sorge als Staatsaufgabe. Die epistemologischen Voraussetzungen von Sicherheit oder* Helmut Willke, *Die Steuerungsfunktion des Staates aus systemtheoretischer Sicht. Schritte zur Legitimierung einer wissensbasierten Infrastruktur*, beide in Dieter Grimm, wie Fussnote 5, S. 523–551 bzw. 685–711.

und Bewertungsstrategien möglich wird. Der Bedarf, das Mandat der Koordinationskommission zu überarbeiten, bietet hier eine gute Chance, denn deren neue Rolle kann von einem Debatteierklub (Forum) über eine Art Think Tank (Organ der Analyse und Reflexion) bis zu einer Stabsstelle des VSA oder der ADK (Entscheidungsvorbereitungsorgan) reichen. Auch damit ist angezeigt, dass Koordination für die Zukunft nicht ausreichend ist und es echte Kooperation braucht.

Ohne Partei zu sein, kann er auch die subkutan aktuelle Föderalismusdebatte offen führen. Eine rationelle und rationale Abstimmung der Überlieferungsbildung zumindest in dem Bereich, in dem die Kantone Vollzugsaufgaben des Bundes wahrnehmen, könnte auch im staatlichen Bereich zu einer Effizienzsteigerung führen. Dies wird angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen und Verschiebungen im föderalistischen Gefüge (Reformen im Zivilstandswesen, beim Grundbuch, in der Statistik etc.) ohnehin unausweichlich. «Föderalismus wird [...] als identitäts-

Als Vertretung aller Archivtypen und aller Archivarinnen und Archivare muss der VSA-AAS weiter dafür besorgt sein, dass endlich eine Diskussion über konkrete Bewertungsfragen und Abstimmung von Entscheidungen und Bewertungsstrategien möglich wird.

stiftende Institution, jenseits von Angebot und Nachfrage, überwiegend wohlwollend bewertet. [...] Im Gegensatz dazu bestehen Kosten, die gemeinhin nicht berücksichtigt werden und in der Öffentlichkeit wenig bekannt sind oder kaum thematisiert werden», denn es gibt nicht nur die Kosten der Kooperation, sondern auch Kosten der Nicht-Kooperation.²⁷ Solche Effizienzgewinne wären erwünscht und notwendig angesichts der Konkurrenzsituation beim Ressourceneinsatz zur Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen wie der elektronischen Archivierung, der Ausdehnung des archivischen Verantwortungsbereichs bis ins Records Management, dem Umgang mit der Medienvielfalt, den wachsenden Nutzungsbedürfnissen, den neuen Or-

ganisations- und Arbeitsweisen (Stichwort New Public Management), der Zusammenarbeit mit Bibliotheken und Museen, dem Zwang zur fortlaufenden Professionalisierung etc.

Der VSA ist ausserdem gut positioniert, um neben den einzelnen Archiven auch andere Stakeholder in diese notwendigen konkreten Debatten zu integrieren, einerseits die vielen Unterlagen produzierenden Organisationen, andererseits namentlich die Geschichtswissenschaft als Vertreterin der wohl immer noch wichtigsten Nutzungsgruppe. Deren Einbindung ist unverzichtbar, weil damit das Interesse und Engagement der Ersteren für die Archivierung erhöht wird, und weil die Letztere aus der Perspektive der langfristigen externen Nützlichkeit – zu Recht – reklamiert, dass eine rein staatliche Überlieferung für sie bereits heute defizitär sei angesichts ihrer fachinternen methodisch-thematischen *turns*. Umgekehrt ist sie sich gewohnt, dass für viele Fragestellungen nur indirekte methodische Annäherungen und Beweisführungen möglich sind; dies wird wohl auch so bleiben, selbst wenn die Überlieferung in Zukunft umfassender sein wird.²⁸ Das soll gleichzeitig nicht dazu verleiten, ihr unnötigerweise Quellen vorzuenthalten, welche sie in die Lage versetzen würden, spezifische Akteurs- oder Betroffenenperspektiven direkt(er) und nicht nur durch den staatlich gebrochenen Blick zu erschliessen.²⁹ Der definitive Bewertungsentscheid und damit die Verantwortung für die Überlieferungsbildung muss aber den Archivarinnen und Archivaren vorbehalten bleiben.³⁰

Erste Schlussfolgerung

Heute halte ich die Kombination von Koordination und Überlieferungsbildung weder für ausreichend noch für zielführend. Sicher ist, dass eine Ausweitung der Überlieferung wichtig ist, damit unsere pluralistische Gesellschaft sich in einer pluralistischen Überlieferung ausdrücken und in einer solchen erfasst werden kann. Nicht ausreichend ist es, einfach (mehr) Koordination zu fordern; es braucht eine stärkere Abstimmung, welche Kooperation voraussetzt. Nicht zielführend ist die Forderung nach mehr Überlieferung, weil nicht einseitig eine mengenmäs-

sige Ausdehnung verlangt werden kann, sondern eine höhere Repräsentativität, wie sie sich nur durch Ausdehnung und Intensivierung einerseits, Ausdünnung und Konzentration andererseits ergeben kann, denn jeder leiseste Verdacht auf Archivierungstotali-

Heute halte ich die Kombination von Koordination und Überlieferungsbildung weder für ausreichend noch für zielführend.

tarismus würde unsere berechtigten Anliegen und aktiven Bemühungen zum Scheitern bringen.

Für echte und verbindliche Kooperation sind die heutigen rechtlichen Voraussetzungen ausreichend, es braucht dazu nur noch einen Willen. Wenn dieser aufgebracht werden kann, dann können wir gemeinsam die Verantwortung für ein Netzwerk Archiv

27 Vgl. als Anregung zum Föderalismus Uwe Wagschal, *Der Preis des Föderalismus* und Hans Rentsch, *Föderalismus – eine Preisfrage?* Beides in dies. *Avenir Suisse* (Hg.), *Der Preis des Föderalismus*, Zürich 2002, S. 11–27 bzw. S. 401–413, Zitat S. 11, oder auch Institut du fédéralisme, Fribourg (Hg.), 1. Nationale Föderalismuskonferenz: *Der kooperative Föderalismus vor neuen Herausforderungen*, Freiburg 2005.

28 Vgl. dazu zwar etwas zufällig aber aktuell Marietta Meier, Daniela Saxer (Hg.), *Die Pragmatik der Emotionen im 19. und 20. Jahrhundert*, Zürich 2007 (traverse).

29 Es liesse sich diese Reihe von Aufgaben fast beliebig fortsetzen, denken wir nur schon an die notwendige Lobbyarbeit, um der Funktion der Archivierung im speziellen und des langfristig angelegten Informations- und Records Managements weitere Beachtung zu sichern und professionelle Umsetzung zu fördern, an den dauernden Kampf um liberale und egalitäre Zugangsbedingungen und -rechte, den Aufbau eines zentralen Zugangs zu dem an verschiedensten Orten verwahrten Archivgut etc.

30 Wir erinnern gern an Hermann Lübke, «Ich entschuldige mich.» Das neue politische Bussritual, Berlin 2001, welcher in diesem Zusammenhang von der «wichtigste[n] vergangenheitspolitischen Geschichtsquellen-schutzregel» schreibt.

Schweiz wahrnehmen und langfristige Transparenz über die gegenwärtige Schweiz gewährleisten und diese Transparenz in einem universal- oder globalgeschichtlichen Rahmen für alle Interessierten und Betroffenen nutzbar werden lassen.³¹ Dieses Unterfangen soll seinerseits in einer transparenten Art und Weise realisiert werden. Für die weitere Denkarbeit schlage ich deshalb vor, den Zielpunkt Koordination Überlieferungsbildung leicht zu verschieben in Richtung *Kooperation bei der Bewertung im Dienste einer umfassenden konzentrierten Überlieferungsbildung und organisatorische Koordination der Überlieferungssicherung im staatlichen und nicht-staatlichen Bereich*.

Weiterführende Diskussion

Die nachfolgenden Beiträge beleuchten diese Thematik nun aus unterschiedlichen Perspektiven. Die Meinungen der Autorinnen und Autoren greifen viele der oben ausgeführten Punkte auf, können aber (und sollen auch) kein geschlossenes Bild ergeben – im Gegenteil, Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten sind erwünscht. Die Diskussion soll belebt werden und zu besseren Ergebnissen führen, so dass die Denkgruppe anschliessend ihre Vorschläge für eine klare Politik bereits breit abgestützt präsentieren kann.

Der Inhalt dieser *arbido*-Ausgabe ist grob zweigeteilt: Am Anfang stehen Beschreibungen aus verschiedenen Ländern unserer geographischen oder berufskulturellen Nachbarschaft. Darauf folgen sieben schweizerische Beiträge von Kolleginnen und Kollegen

aus der Denkgruppe. Letztere wiederum sind unterteilt in einen Beitrag mit eher allgemeiner Ausrichtung und fünf Beiträge zu konkreten Beispielen. Dabei fällt auf, dass es hierzulande äusserst innovative Ansätze gibt für eine koordinierte – oder doch kooperative? – Überlieferungsbildung, welche den Vergleich mit den ausländischen Beispielen nicht zu scheuen haben, wenn auch die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen ganz unterschiedlich sind. Den Abschluss machen Überlegungen zur Integration dieser Fragestellung in die neue universitäre Master-Ausbildung.

Der Rundblick in die internationale Archivwelt zeigt zuerst, dass wir weder die einzigen noch die ersten sind, die sich mit solchen Fragen auseinandersetzen. Die Akzentsetzungen variieren aber deutlich. Zusammenfassend gilt: die Archivierung von nicht-staatlichen Unterlagen ist heute als Aufgabe eine Selbstverständlichkeit, wenn auch die Durchführung im Rahmen der realen Arbeitsbedingungen ungleich fortgeschritten ist. Geht es hierbei um eine erweiterte Transparenz der demokratischen Prozesse oder die Erfüllung von Forschungsdesiderata? Ist es eine gesetzlich vorgeschriebene oder eine praktische wahrgenommene Aufgabe? Sind nicht-staatliche Überlieferungen eine Ergänzung der staatlichen oder sind es Überlieferungen aus eigenem Recht? Wer ist für diese nicht-staatlichen Archive zuständig? Was gehört überhaupt dazu? Gilt auch hier, dass der Staat die kostenintensiven Aufgaben übernehmen muss, deren direkten Nutzen einzelne Akteure nicht (so recht) einsehen oder ist er einfach das stabile Auffangbecken angesichts der Schnelllebigkeit der Wirtschaft und der fehlenden Beständigkeit in grossen Teilen der Zivilgesellschaft? Braucht es fixe Strukturen oder Netzwerklösungen?

Die Vielfalt der Antworten ist an sich schon interessant und interpretationswürdig. Wir können wahlweise das Unterschiedliche oder das Gemeinsame hervorheben. Wichtig scheint uns zunächst, dass die Thematik überall aktuell ist.

Robert Kretzschmar beleuchtet die Entwicklung in *Deutschland*, wo Ende der 1990er Jahre das Unbehagen an Bewertung isolierter Unterlagen eines

Archivträgers Ausgangspunkt für weiterführende Überlegungen war, welche zum Konzept der Überlieferungsbildung im Verbund führten. Dieses Konzept – die Umsetzung erfolgt aufgrund mangelnder Ressourcen nur in Ansätzen – wird auch die Rolle der Archivarinnen und Archivare verändern: der Historiker-Archivar könnte wieder zu neuen Ehren kommen.

Im Beitrag über *Frankreich* präsentieren *Christine de Joux* und *Pascal Even* die Tradition der Privatarchivsicherung in öffentlichen Archiven und zeigen auf, wie auf diese Weise versucht wird, die staatliche Überlieferung sinnvoll zu ergänzen, und wie dafür auch spezielle staatliche Strukturen aufgebaut wurden. Viele private Archive sind aber in privaten Händen verblieben und in letzter Zeit bemühen sich auch Vereine darum, solche zu erhalten, eine Entwicklung, die den Kreis der Interessierten und Engagierten deutlich wachsen liess und mindestens zu Beginn zu Konkurrenz geführt hat. Diese ist heute allerdings durch partnerschaftliche Zusammenarbeit abgelöst, welche allein der «Balkanisierung» der Archive wirkungsvoll entgegenwirken kann.

Marina Messina beschreibt, wie in *Italien* das Gesetz zwischen historischem und archivischem Wert unterscheidet, öffentliche Archive von Gesetzes wegen immer archivwürdig und geschützt sind, private Archive hingegen nur, wenn die regionalen Behörden als Aufsichtsorgane der lokalen Archive einen historischen Wert feststellen. Dabei haben die Erfahrungen gezeigt, dass durch Förderungsmassnahmen (finanzielle Unterstützung, Steuerbegünstigungen usw.) mehr für den Schutz privater Archive erreicht wird, als mit Vorschriften. Für den Kunden besonders interessant ist die nationale Datenbank (SIUSA), die im Web zugänglich ist und einen Überblick über die koordinierte, ganzheitliche Überlieferung ermöglicht.

George Mackenzie porträtiert die reichhaltige Privatarchivlandschaft *Schottlands* mit ihren bis zu 900 Jahre alten Beständen, welche teilweise immer noch privat verwaltet werden. Der Rechtsrahmen ist, wie der Autor festhält, veraltet und erfasst nicht-staatliche Archive praktisch nicht, einzig eine permissive Anwendung habe pragma-

31 Christoph Conrad, Sebastian Conrad (Hg), *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, Göttingen 2002 und speziell zum Zusammenprall schweizerisch nationaler Geschichtsschreibung und kosmopolitischer Erinnerung Thomas Maissen, *Verweigte Erinnerung. Nachrichtenlose Vermögen und Schweizer Weltkriegsdebatte 1989–2004*, Zürich 2005, z.B. S. 137–148.
Vgl. auch die Resolutionen des Internationalen Archivrats: XXXIX^{ème} Conférence internationale de la Table ronde des Archives (CITRA), Curaçao, 24 novembre 2006: 6. Résolution sur les sources internationales.

tische Lösungen erlaubt. Erst öffentlich finanzierte Initiativen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert öffneten den Weg zu umfassenderen Archivierungsbestrebungen. Heute besteht ein informelles Netzwerk, welches die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Archiven von der nationalen bis zur lokalen Ebene und privaten Archiven einbindet. Zentral ist das Nationale Schotische Archivregister.

In Québec gehört die Sicherung der Privatarhive, in den frühen 1980er Jahren gesetzlich als Gegenteil der öffentlichen Archive definiert, zu den Aufgaben des Nationalarchivs, wie Daniel Ducharme und Gaston St-Hilaire darlegen. Das Engagement der Politik als unverzichtbarer Ergänzung gesetzlicher Regelungen folgt diesen mit Verzögerung. Das Nationalarchiv bevorzugt die Archivierung an der Quelle, fungiert aber notfalls auch als Auffanginstitution. Alle Anstrengungen des Nationalarchivs richten sich dabei auf Kompetenzteilung, Partnerschaft und Konzertierung der Anstrengungen.

Der Beitrag von Gilbert Coutaz zur *archivischen Solidarität* macht deutlich, dass bereits die Definition von Privatarchiven schwierig ist und darunter häufig nur Archive von natürlichen Personen oder von Familien verstanden werden. Heute muss dieser enge Blick ausgeweitet werden, auch wenn das zu offenen sachlichen und juristischen Fragen führen kann. Privatararchive schreiben sich in den territorial ausgerichteten Archivierungskontext der öffentlichen Archive ein, obwohl ihre Übernahme in diese nicht nach dem gleichen Auswahlverfahren erfolgt und nicht vergleichbaren vorbereitenden Massnahmen (Stichwort Records Management) unterworfen ist. Um zukunftsfähige Lösungen zu finden, muss man auch bisher nicht Gedachtes denken und bereit sein, Traditionen zu opfern, heilige Kühe zu schlachten.

Das Beispiel einer klaren und transparent kommunizierten Sammlungs politik stellt François Burgy aus dem Stadtarchiv Genf vor, welches erst 1986 gegründet worden ist und keinen Auftrag zur Sammlung von privaten Archiven hatte, solche aber trotz allem von Anfang an übernahm. Seit 2004 verfügt es über eine explizite Sammlungs politik, um in diesem Bereich eine kohärente Politik betreiben zu können.

In den verhältnismässig jungen kantonalen Strukturen wie im Aargau war das Zusammenwirken zwischen

Um zukunftsfähige Lösungen zu finden, muss man auch bisher nicht Gedachtes denken und bereit sein, Traditionen zu opfern, heilige Kühe zu schlachten.

Archiv, Bibliothek und Museum fast von Anfang an ein Thema, was einer Entwicklung professioneller Eigenheiten nicht hinderlich war, wie Andrea Voellmin ausführt. Diese Zusammenarbeit war auch im ausgehenden 20. Jahrhundert sehr fruchtbar und hat in verschiedenen Fällen die Sicherung wichtiger Bestände mit verschiedensten Objekten überhaupt erst möglich gemacht.

Rebekka Wyler stellt das Archiv der Unia vor, in welchem Unterlagen von sehr komplexer Provenienz zu archivieren sind und welches «föderalistisch» organisiert ist, so dass sich eine Zusammenarbeit mit verschiedenen staatlichen oder weitgehend staatlich finanzierten Archiven geradezu anbietet. Hier hat die Archivierung sowohl politische als auch identitätsstiftende Funktion. Das gilt auch für die Archivierung von Unterlagen grosser Verbände und Vereine oder (oft sehr unbeständiger) sozialer Bewegungen, wie sie seit den 1960er Jahren die Zivilgesellschaft prägen.

Urs Kälin weist nach, dass archivistische Fixierung solcher Bewegungen ein Paradoxon schafft, aber zum «Nachvollzug» des Pluralismus letztlich unverzichtbar ist. Eine längerfristige Sicherung hängt allerdings oft von vielen Zufälligkeiten ab und bleibt prekär, wenn nicht unterstützende Massnahmen ergriffen werden.

Ein Spezialfall nicht-staatlicher Überlieferung wird durch das virtuelle Archiv für *Agrargeschichte* erfasst, welches Peter Moser vorstellt. Dieses betreut aus einer funktionalen Perspektive einen grossen Teil eines ganzen Politikbereichs und bringt staatliche und nicht-staatliche Überlieferung in einen

Bisherige koordinative Aktivitäten des VSA-AAS

Der VSA-AAS nimmt schon seit einem Vierteljahrhundert eine wichtige koordinative Funktion bei der Überlieferungsbildung in der Schweiz wahr, wie die Arbeit der Koordinationskommission, 1980 als Arbeitsgruppe *Aufgabenteilung zwischen dem Bundesarchiv und den Staatsarchiven* eingesetzt, zeigt. Von ihrer Tätigkeit zeugen die auf der VSA-Webseite nachgewiesenen rund 90 Empfehlungen, wobei einzelne in diesem Zeitraum wiederholt aktualisiert werden mussten. Sie berühren die Themen- oder Politikbereiche Erziehung – Bildung – Kultur, Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit, Bauwesen – Energie – Verkehr – Umwelt, Finanzen, Polizei – Militär – Zivilschutz, Volkswirtschaft und Zivilrecht – Strafrecht – Rechtspflege sowie unter dem Titel Allgemeines verschiedene Konkordate und (regionale) Regierungskonferenzen.

Die Ergebnisse ihrer Arbeit ist aber trotz allem Einsatz und Engagement der KoKo-Mitglieder sowohl ihrem Umfang als ihrer Verbindlichkeit nach beschränkt, wie eine Umfrage bei den Archivdirektorinnen und Archivdirektoren ergeben hat. Ersteres hängt mit den knappen zur Verfügung stehenden Ressourcen zusammen, letzteres kann die KoKo in ihrer heutigen Zusammensetzung nicht erreichen. Hier wäre die ArchivdirektorInnen-Konferenz gefordert. Ausserdem ist die Fokussierung ihrer Arbeit auf zwei Ebenen staatlich-föderaler Überlieferung äusserst eng.

Weitere koordinative Arbeiten leiste(te)n auch andere VSA-Arbeitsgruppen, speziell diejenigen der Archive der privaten Wirtschaft und der Geistlichen Archive. Die Koordination ist hier aber nicht auf die Überlieferungsbildung ausgerichtet – welche sie zwar beide zu fördern sich bemühen –, sondern auf die Vereinfachung der Zugänglichkeit zu den sehr weit verstreuten Archivbeständen durch spezielle Datenbanken als zentralen Nachweissystemen, welche den Nachweis privater Archivbestände im Repertorium der handschriftlichen Nachlässe in den Bibliotheken und Archiven der Schweiz in wertvoller Weise ergänzen.³²

32 Silvio Bucher und Josef Zweifel, Die Archive der schweizerischen Direktorenkonferenzen, in: *arbido*-R 1/1993, S. 2–6; Daniel Kress, Die Koordinationskommission im Dienste der Bewertung, in: *arbido* 6/1998, S. 6–7. Das Repertorium findet sich unter www.nb.admin.ch/slb/dienstleistungen/online_katalog/00454/01524/index.html?lang=de.

materiell sinnvollen Gesamtzusammenhang.

Im letzten Beitrag präsentiert Gaby Knoch-Mund, warum koordinierte Überlieferungsbildung, obwohl eine zentrale Aufgabe der Archive, in der neuen Archivausbildung kein eigenständiges Lehrfach ist, dafür aber in

allen Modulen des neuen *Masterstudiums* anhand von ausländischen und inländischen Beispielen und Theorieansätzen thematisiert wird.

Jetzt bleibt mir nur noch, den Leserinnen und Lesern interessante Lektürestunden zu wünschen. Mir fehlt es darin nicht an Anregungen für die wei-

tere Verfertigung der eigenen Vorstellungen – ich hoffe, dass Sie das ähnlich empfinden und freue mich auf die weitere Diskussion.

contact:

andreas.kellerhals@bar.admin.ch

Constitution du patrimoine archivistique – revisited Impulsions (auto)critiques en guise d'introduction*

Andreas Kellerhals
Président AAS-VSA
Directeur
Archives Fédérales Suisses
Berne

Groupe de réflexion Coordination de la constitution du patrimoine archivistique
L'AAS a mis en place un groupe de réflexion *Coordination de la constitution du patrimoine archivistique*, afin d'examiner comment il pourrait «documenter à long terme les influences marquantes» de notre temps, dont font traditionnellement partie «la documentation des actions étatiques – afin de contribuer à la sécurité du droit, d'une part, et d'autre part de permettre ultérieurement une reddition des comptes au niveau démocratique». De l'avis du mandant, toutefois, «les Etats ne sont plus les seuls et souvent ne comptent même plus parmi les facteurs d'influence les plus importants qui marquent la société, l'économie ou la culture».

Le groupe de réflexion doit donc analyser la portée de cette problématique, esquisser des approches de solutions et les évaluer.

Ce groupe de réflexion, qui a très rapidement suscité l'intérêt de nombreuses et de nombreux collègues, a tenu jusqu'ici trois séances. Les résultats de ce travail restent encore très provisoires et ne peuvent être facilement résumés. Cependant, il a été constaté

très rapidement que le besoin de discussion est plus important qu'envisagé au début. Les discussions ont été marquées par un large spectre de représentations. Très vite, une attitude homogène s'est dessinée, d'avantage en rapport avec le malaise engendré par la situation qu'au vu des solutions potentielles.¹

Compte tenu de cette situation, il est justifié de repenser le mandat et d'examiner le bien-fondé de ses hypothèses implicites. Il n'est jamais exclu que quelques hypothèses appartiennent plus à la catégorie des préjugés qu'à celle des résultats d'une analyse fondée sur une base empirique ou à des idées cohérentes et logiques. Les termes *coordination* et *constitution du patrimoine archivistique* mettent en relation des problèmes apparemment différents, qui ne peuvent être résolus ni par une mesure unique, ni par des mesures semblables.

Malgré tout, ou pour cette raison: le besoin de discussion est urgent. Ce numéro d'*arbido* comporte une première série d'articles qui apportera différents éclairages sur l'élargissement de la constitution du patrimoine archivistique. Ces articles se veulent un apport et une incitation à la discussion en vue de la réunion de travail de 2008, le propos n'étant pas de documenter les différents points de vue en Suisse. Un regard au-delà de nos frontières natio-

nales montre de quelle manière, en d'autres lieux, on aborde des questions et des défis comparables.

Pourquoi l'archivage?

A titre d'introduction, j'aimerais présenter quelques réflexions issues de ma perspective personnelle et sous l'éclairage des expériences réalisées par le groupe de travail. Il me paraît indispensable de commencer par déterminer ce à quoi l'archivage doit servir. En reprenant en substance les termes de Bruno Delmas, son utilité se résume brièvement comme suit: l'archivage est une condition préalable au bon fonctionnement d'une société. Il remplit des fonctions de preuve, de mémoire, de compréhension et d'identité, c'est-à-dire

* Les citations dans le texte ont fait l'objet d'une traduction pour cette publication et ne correspondent pas à des citations originales françaises. Les références renvoient aux publications utilisées pour la version originale de ce texte, donc pour des publications allemandes.

1 Pour le mandat, consulter www.vsa-aas.org/uploads/media/Mandat_DG_Ueberlieferung.pdf. La liste des archivistes suisses est publiée dans le rapport annuel 2006 (p. 21), www.vsa-aas.org/uploads/media/rapport_2006_01.pdf. Le procès-verbal du groupe de réflexion se trouve sur www.vsa-aas.org/Projekt_Ueberlieferung.296.o.html

qu'il présente une utilité juridique, organisationnelle, scientifique et sociale. La fonction de preuve fournit la condition nécessaire à la prise en compte des droits et à leur défense; la fonction de mémoire est à la base de toute expérience et de la prise de conscience de sa propre origine; la fonction de connaissances utilise les archives comme source pour les conclusions historiques

les plus diverses et la fonction d'identité est étayée notamment par les archives en tant que source de l'Histoire/des histoires pour la mémoire collective qui permet la cohésion sociale.²

Cette quadruple fonction de l'archivage résulte de son développement historique. Il en va de même pour le paysage archivistique de Suisse: une archive fédérale, vingt-six archives cantonales et de nombreuses – mais de loin pas trois mille – archives communales, sans oublier les archives de l'Eglise, les archives universitaires, une archive sociale, une archive économique, une archive d'histoire contemporaine, un nombre incalculable d'archives d'entreprises, de sociétés, de partis politiques, de mouvements, d'organisations non étatiques ... – toutes constituées en institutions publiques indépendantes, financées par la collectivité ou par des privés, en grandes institutions de travail partagé ou petites institutions d'une seule personne, en institutions actives ou passives, disposant de moyens limités ou très réduits. Le paysage archivistique de Suisse se présente sous une forme particulièrement diversifiée, pouvant cependant être perçue comme dispersée. Jusqu'alors, l'héritage archivistique est riche, mais exempt de toute harmonisation.³ Ce paysage archivistique est lui-même le résultat du développement historique.

Etat et archives: la tradition ainsi que ...

Dans la mesure où les archives d'Etat représentent l'épine dorsale du paysage archivistique, il faut commencer par présenter le développement de l'Etat et de ses archives: jusqu'ici, la fonction et la forme des archives se sont constamment adaptées au développement de l'Etat, depuis l'Etat régalien du début des temps modernes en passant par l'Etat de droit, jusqu'à l'Etat social ou l'Etat providence actuels. Durant cette période, l'Etat a obtenu le monopole de l'exercice légitime de l'autorité, a pris en charge la garantie de l'établissement, d'une mise en pratique et de l'imposition d'un système juridique unifié. Il porte aujourd'hui non seulement une bonne partie des responsabilités dans la lutte contre la violence physique, mais aussi la violence structurelle (p. ex. la précarité économique, les at-

teintes à l'environnement), et assure, pour les citoyennes et les citoyens, le rôle d'Etat providence à large échelle (assurances sociales, santé, formation, etc.).⁴

Au cours de cette période, les archives remplissent (ont rempli) diverses fonctions: au début, la question de la protection des titres juridiques propres

Le paysage archivistique de Suisse se présente sous une forme particulièrement diversifiée, pouvant cependant être perçue comme dispersée. Jusqu'alors, l'héritage archivistique est riche, mais exempt de toute harmonisation.

s'est posée, avec la tentative de monopoliser les connaissances en utilisant le droit (domination des connaissances). De ce fait, avec l'Etat de droit s'est imposée la nécessité matérielle et procédurale de prouver le bien-fondé des interventions (principe de la légalité, protection contre l'arbitraire, droits des parties). Cette démarche apporta la sécurité et la calculabilité, conditions primordiales également à la liberté de l'économie de marché.⁵ Avec la démocratisation, l'exigence d'une garantie de légalité contrôlable des procédures (parties) a été étendue à l'examen approfondi de la bonne conduite du gouvernement par tous les intéressés.

A l'issue de ce développement historique, l'Etat démocratique de droit et interventionniste donne accès aux archives publiques. De la même manière que l'évidence s'était imposée durant la période suivant 1945 – dénommée l'«Age d'or du modernisme» (E. J. Hobsbawm) – l'accès aux archives publiques, qui documentent pour le moins de manière représentative les actions principales de l'Etat et les rendent vérifiables, est un droit assuré à tous.⁶ Une légalité contrôlable est gage de légitimation et de confiance générale en l'Etat, qui est souvent perçu par les citoyens à la fois comme «l'ami le plus fidèle et l'ennemi le plus redoutable». ⁷ La confiance est aussi une condition nécessaire au bon fonctionnement de l'économie de marché. Elle implique une volonté de vérité qui semble être profitable, même du

2 Ces réflexions sont inspirées par Bruno Delmas, *La société sans mémoire. Propos dissidents sur la politique des archives en France*, Paris 2006, en particulier pp. 13 à 45: *Les Archives, ça sert à quoi?*

3 Barbara Roth-Lochner, Rodolfo Huber, *Les Archives en Suisse*, in: Gilbert Coutaz et al. (éd.), *Archivpraxis in der Schweiz – Pratiques archivistiques en Suisse*, Baden 2007, pp. 29 à 45, avec de nombreux renvois bibliographiques complémentaires. Barbara Roth, Johanna Gisler, *Accroissements et collecte: les archives sur le «marché» patrimonial*, op. cit. pp. 303 à 318.

4 Nous nous référons ici pour l'essentiel à Stephan Leibfried, Michael Zürn (éd.), *Transformationen des Staates*, Francfort/M 2006, qui a résumé les résultats existants du domaine particulier de la recherche *Staatlichkeit im Wandel*.

5 La sécurité du droit peut valoir en tant que «confiance accordée en l'existence du droit et en son application impartiale et équitable». Franz Scholz, *Die Rechtssicherheit*, Berlin 1955, p. 3, cité d'après Franz-Xaver Kaufmann, introduction: *Discours quant aux tâches de l'Etat*, in: Dieter Grimm (éd.), *Staatsaufgaben*, Francfort/M 1999, p. 23. Cette prétention se réfère bien évidemment aussi à la quantité croissante d'actions individuelles de l'Etat providence.

6 Voir à ce propos la Loi fédérale sur l'archivage de 1998 (LAR, RS 152[0].1), qui a explicitement abrogé le privilège de la connaissance autrefois en vigueur et défini le droit à un accès libre et gratuit aux archives de la Confédération dans le cadre des délais de protection définis (art. 9 à 12), et fixé leur étendue matérielle dans les ordonnances y relatives.

7 Stephan Leibfried, Michael Zürn, voir note 4, p. 23. Pour les déficits démocratiques, précisément en matière d'évaluation et de constitution du patrimoine archivistique, voir Jacques Derrida, *Dem Archiv verschrieben. Eine Freudsche Impression*, Berlin 1997, p. 14 ss.

point de vue économique et politique.⁸ Sous-évaluer la contribution des archives à la mise en confiance et à la légitimation et s'épargner ainsi les efforts nécessaires dans ce sens risquent d'avoir des effets inimaginables et indésirés.⁹

... mutations et défis

L'«influence [de l'Etat] sur la vie de ses habitants reste plus étendue et plus décisive que celle de toute autre organisation sociale» – mais l'Etat ne représente plus la seule influence importante.¹⁰ Si cette évaluation est avérée, la constitution du patrimoine archivistique par l'Etat garde une importance centrale, mais elle n'est plus la seule. Cela semble d'autant plus logique que précisément en Suisse, de nombreuses tâches de l'Etat ont été reprises depuis longtemps par des organisations non étatiques, c'est-à-dire que l'imbrication du secteur étatique avec les organisations de droit privé est étroite. La délimitation systémique du secteur de l'Etat est donc perçue de différentes manières. Pour le moins, l'Etat confédéral a intégré ces connaissances dans sa nouvelle loi sur l'archivage et étendu le devoir d'archivage à une partie du secteur non étatique, faute de quoi même ses propres actions, en fait déléguées, ne seraient plus vérifiables.¹¹

Avec les développements intervenus depuis la fin du XX^e siècle, ce flou dans la délimitation des tâches de l'Etat s'accroît encore; les mots clés en sont: mondialisation et complexité croissante. C'est-à-dire, d'une part, l'effondrement de la marge de manœuvre des différents acteurs et de l'espace réglementaire étatique, et d'autre part, la

La constitution du patrimoine archivistique par l'Etat garde une importance centrale, mais elle n'est plus la seule.

diminution de la capacité objective de l'Etat à résoudre les problèmes sans faire appel au milieu privé ou à des acteurs de la société civile¹², ne permettent plus de concevoir la délimitation des tâches de l'Etat de manière satisfaisante. Il en résulte l'extension de la transmission du patrimoine sous forme d'archives envisagée par l'AAS ainsi

que le besoin de coordination exprimé pour la constitution du patrimoine archivistique.

Comment archiver?

Etant donné qu'un Etat de droit démocratique est tenu et doit être capable de rendre compte au peuple souverain ainsi qu'à tous ceux qui lui sont soumis légalement, la constitution du patrimoine archivistique est et reste pour lui un élément central incontournable. Au regard de la quadruple fonction de l'archivage, il est nécessaire d'étendre la constitution du patrimoine archivistique au-delà de son activité principale traditionnelle qui est la constitution du patrimoine étatique, car il est légitime de ne pas limiter à l'Etat l'exigence de rendre des comptes, mais de l'étendre à tous les décideurs dont les décisions,

dans une perspective sociale, spatiale ou temporelle, ont des retentissements à large échelle et pour lesquelles la responsabilité leur incombe.¹³

Il est légitime de ne pas limiter à l'Etat l'exigence de rendre des comptes, mais de l'étendre à tous les décideurs dont les décisions, dans une perspective sociale, spatiale ou temporelle, ont des retentissements à large échelle, et pour lesquelles la responsabilité leur incombe.

D'une manière fondamentale, le mandat du groupe de réflexion doit être approuvé, dans la mesure où l'on constate que la constitution du patrimoine archivistique est plus qu'un recensement documenté et vérifiable des actions de l'Etat. Différentes questions mènent plus loin, par exemple: de quelle quan-

8 Il existe des contributions scientifiques intéressantes, expliquant les conditions dans lesquelles le mensonge est profitable aux acteurs et comment il est possible de réduire l'incitation au mensonge ou, de quelle manière la vérité et l'authenticité jouissent d'une plus grande importance propre dans les modèles délibératifs, lorsqu'il est question de la puissance des arguments et du libre développement d'une opinion propre. Dans de telles réflexions, la fonction de l'archivage est aussi intégrable. Voir à ce propos l'exposé de synthèse de Jürg Steiner, *Lüge und Wahrhaftigkeit. Politikwissenschaftliche Modelle und empirische Anwendung*, NZZ 20 juillet 2007, p. B5.

9 Dans toutes les présentations historiques de l'histoire de l'autorité étatique et les analyses de la transformation de l'Etat, une réflexion est récurrente: «Il se pourrait que les «Global Players», estimant pouvoir se passer de l'Etat en tant que garants de leurs affaires, constatent trop tard leur erreur, et qu'ils l'aient déjà détruit.» Un Etat détruit ne peut plus garantir les mécanismes de marché, fournir les prestations d'infrastructure, ou encore corriger les excès du marché. Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Munich 1999, p. 522. De même que Stephan Leibfried (voir note 4), et à ce propos, le compte rendu «Untertanenfabrik? Ach wo! Ohne starken Staat gibt es weder Demokratie noch Marktwirtschaft», in: *Die Zeit* 16 mai 2007, p. 12.

10 Stephan Leibfried, Michael Zürn, voir note 4, p. 11.

11 La nouvelle Loi fédérale sur l'archivage en tient compte dans l'art. 1 al. 1 lit. h: «Cette loi règle l'archivage de documents [...] d'autres personnes du droit public ou privé, dans la mesure où elles satisfont aux tâches d'exécution de la Confédération qui leur ont été transmises, à l'exception des cantons.» Voir aussi le rapport du Conseil fédéral sur l'externalisation et la gestion de tâches de la Confédération (rapport sur la «Corporate Governance») du 13 septembre 2006.

12 Le terme de «société civile» est quelque peu imprécis. Voir aussi une introduction intéressante et clarification partielle: Jürgen Schmidt, *Zivilgesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement von der Antike bis zur Gegenwart* (textes et commentaires), Rowohlt Enzyklopädie, Reinbek bei Hamburg 2007.

«Il y a longtemps que la politique ne consiste plus en une imposition des idées du détenteur de l'autorité étatique, mais en une négociation avec des organisations sociales, possédant ainsi un droit de regard sur une grande partie des finances publiques.» Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Munich 1999, p. 518.

13 Rien de nouveau, certes, mais toujours source d'inspiration: Hans Jonas, *Das Prinzip Verantwortung*, Francfort/M 1984.

tité (envergure) de constitution du patrimoine archivistique avons-nous besoin aujourd'hui? Comment concevoir la constitution du patrimoine archivistique, c'est-à-dire selon quels critères la valeur archivistique doit-elle être fixée (évaluation)? A qui doit servir cette constitution étendue du patrimoine archivistique et qui doit en être responsable (responsabilité)? L'Etat ou les archives étatiques doivent-ils assumer une tâche particulière? Quel est le rôle de l'AAS? Le groupe de réflexion devrait contribuer à leur clarification.

14 Margrit Müller, introduction: Les archives d'entreprise vues comme un bien culturel, in: Unternehmensarchiv – ein Kulturgut? Beiträge zur Arbeitstagung Unternehmensarchiv und Unternehmensgeschichte, édité par Schweizerisches Wirtschaftsarchiv et AAS, Baden 2006, pp. 9 à 14, p. 7.

15 Voir les Résolutions du Conseil international des archives: XXXVIII^e Conférence internationale de la Table ronde des Archives (CITRA), Abou Dhabi, Emirats arabes unis, 27 novembre–1^{er} décembre 2005. Résolutions: 2. Résolutions concernant la bonne gouvernance et le développement; 3. Résolution concernant la responsabilité sociale des entreprises.

16 Margrit Müller, voir note 14, p. 9; dans une même direction qu'un nouveau sens des responsabilités, les indications répétées et les efforts, au sein des entreprises privées également, révèlent aussi l'introduction d'un enregistrement consciencieux ou de la gestion des informations susceptibles de satisfaire aux exigences actuelles de conformité. Voir à ce propos Jacques Beglinger et al., Records Management. Leitfaden zur Compliance bei der Aufbewahrung von elektronischen Dokumenten in Wirtschaft und Verwaltung mit Checklisten, Mustern und Vorlagen, Zollikon 2004, Lukas Fässler, Records Management. Sorgfaltspflicht für Führungskräfte, Rheinfelden 2006.

17 Margrit Müller, voir note 14, p. 10.

18 A propos de ces termes, voir Theodore R. Schellenberg, Die Bewertung modernen Verwaltungsschriftgutes (traduit et publié par Angelika Menne-Haritz), Marburg 1999 (original 1956): pour la valeur d'évidence, p. 31 ss, pour la valeur d'information, p. 58 ss; dans le contexte de ses réflexions à propos de la valeur d'information, Schellenberg évoque aussi en marge la «valeur affective», dont l'emploi doit toutefois tenir compte «de la proportion des choses» (p. 66).

En fait, l'envergure d'une constitution du patrimoine archivistique non étatique ne connaît pas de frontières «naturelles». Outre l'économie (entreprises et associations), les organisations politiques, sociales et religieuses (partis, syndicats, associations féminines, etc.), les organisations non gouvernementales et les médias, les organisations corporatives ou professionnelles, les associations bourgeoises, militaires, scientifiques, culturelles, les organisations pour la jeunesse, pour les personnes âgées, en faveur de la santé, du sport ou des contacts sociaux et bien d'autres encore, ainsi que les personnes individuelles à des postes décisionnels en tant que responsables peuvent y intégrer leurs documents. Jusqu'ici, la constitution du patrimoine archivistique dans ces secteurs était très différente. En effet, si les institutions religieuses disposent, comme l'Etat, d'archives en partie très anciennes et tenues de manière professionnelle, la constitution d'un patrimoine archivistique durable est à l'inverse souvent impossible, en particulier pour les mouvements politiques ou sociaux, mais aussi fréquemment pour les personnes individuelles, ainsi que l'explique Urs Kälin dans sa présentation.

A ce sujet, la constitution du patrimoine archivistique soulève un intérêt particulier auprès de l'économie. «Les entreprises marquent non seulement le développement économique, mais aussi la vie quotidienne de la plupart des personnes. De fait, leurs archives contiennent des informations capitales pour la compréhension de l'histoire économique et sociale, et ainsi de notre culture en général.»¹⁴ Dans ses résolutions, le Conseil international des archives a aussi lancé maintes fois un appel, plus particulièrement aux grandes entreprises internationales, en faveur d'une activité plus intense dans ce domaine et de la prise en considération de l'archivage comme mesure de mise en confiance et d'obligation sociale.¹⁵

Même en l'absence d'un devoir légal de conserver à long terme les documents commerciaux, des entreprises actives à l'échelle internationale et différentes entreprises soumises à l'obligation de rendre compte prennent cette tâche au sérieux et tiennent des archives professionnelles. Celles-ci

sont utiles tant pour la direction d'entreprise (gouvernement d'entreprise, obligations internes de rendre compte et règles de surveillance), pour la protection des droits (brevets, autres prétentions légales) que pour la protection contre les dommages, pour la gestion des risques (questions de responsabilité, diffamation) ou la légitimation propre (responsabilité sociale, droit de cité d'entreprise). Il existe donc de bonnes raisons commerciales de «conserver bien au-delà des exigences légales les documents relatifs aux événements et aux développements du passé».¹⁶ L'historiographie démontre, par exemple, avec le dépouillement de telles archives dans le contexte des travaux de recherche de la commission indépendante d'experts Suisse – Seconde Guerre mondiale, que grâce à «l'existence de document(s) conservé(s) dans les archives d'entreprises [...], des révélations fondées – c'est-à-dire étayées par des

L'élargissement de la constitution du patrimoine archivistique ne pose aucun nouveau défi théorique. Toutefois, elle pourrait mettre en exergue certaines faiblesses pratiques.

sources – relatives à des événements qui resteraient sinon dans le domaine de la supposition et de la spéculation», ont pu ainsi être obtenues.¹⁷

Lors d'une extension de la constitution du patrimoine archivistique, la question de l'évaluation, soit la prise de décision quant à la valeur pour l'archivage, jouent un rôle dominant. Le premier critère pour ce choix est la valeur probatoire des documents. Ce critère peut ensuite être complété par la valeur d'information et, dans quelques cas rares, par la valeur affective.¹⁸ L'estimation répond non seulement à la question de ce qui doit être intégré au patrimoine archivistique, mais aussi à celle de savoir à qui cela sera utile, que ce soit l'Etat (un acteur) ou la société prise dans son ensemble. Dans ce cas, l'élargissement de la constitution du patrimoine archivistique ne pose aucun nouveau défi théorique. Toutefois, elle pourrait mettre en exergue certaines faiblesses pratiques: déjà lors de la constitution du patrimoine archivistique de l'Etat

par des décisions concernant l'évaluation des faits, il manque une certaine volonté de coopération et de discussion publique quant aux décisions d'évaluation concrètes ou aux stratégies.¹⁹ Par ailleurs, la constitution fédéraliste de l'archivage se prête précisément à une évaluation coopérative, à tout le moins pour les documents relatifs à l'exécution des tâches confédérales qui pourraient être évalués génériquement pour tous les cantons de manière unifiée ou complémentaire, de la même manière qu'une trame d'évaluation telle qu'elle existe dans de nombreux cantons pour les documents communaux. Une telle collaboration est cependant une condition préalable à la constitution transparente du patrimoine archivistique. Si la constitution du patrimoine archivistique doit être étendue dans l'esprit esquissé, une collaboration entre les différents domaines d'action et d'archivage sera d'autant plus nécessaire.

Qui assume la *responsabilité* de l'archivage dans un domaine étendu? Cela dépend de l'intérêt porté à l'archivage. Nous sommes convaincus qu'à long terme, les intérêts propres et le profit personnel peuvent être les seuls mobiles durables. Les acteurs, les responsables doivent être convaincus que l'archivage leur apportera un avantage (matériel ou immatériel). Un devoir défini par l'extérieur ne peut pas être imposé dans le domaine non étatique ou seulement très tard comme dans différents autres domaines, de même que l'intérêt pour l'archivage se développe fréquemment alors que l'importance politique et pour la société va en décroissant, comme en témoigne l'exemple du secteur agricole.

Pour la réussite d'une extension de la constitution du patrimoine archivistique, il est par conséquent égal que les archives de responsables non étatiques soient déposées dans les archives d'Etat ou gérées en tant qu'institutions indépendantes, organisations ou départements d'entreprises.²⁰ Une solution interne exprime clairement que les archives sont directement utiles à l'entreprise – à ce propos, l'exemple le plus éclatant est à mon sens celui de l'archivage d'entreprise de Saint-Gobin qui fonctionne en tant que centre de profit indépendant – contrairement à un transfert qui montre une plus grande

proximité avec la recherche et l'évaluation.

Un autre point est ainsi évoqué: «L'avis que les archives d'entreprise appartiennent à l'entreprise, qu'il s'agit là d'un bien privé et que l'entreprise est en droit d'en faire ce qu'elle veut est très répandu.»²¹ Cela ne s'applique pas seulement aux archives commerciales. C'est ce que suggère aussi le terme *archive privée*. En fait, «privé» exprime seulement une provenance – une provenance non étatique – et un rapport de propriété. Un point est pourtant indéniable: il existe aussi un intérêt public à l'égard de telles archives privées, de la même manière que cela s'exprime dans le domaine juridique par les voies de droits qui sont ouvertes aux personnes atteintes par une activité délictueuse d'une entreprise.²² Dans un tel cas, il est clair qu'il faut adhérer à la cause de l'accès public aux archives non étatiques. Cette exigence pour un accès public n'exclut en fait jamais les restrictions nécessaires à la protection légitime des intérêts du détenteur de l'information.²³ Il s'agit bien plus de la question de la mesure démocratiquement défendable concernant la défense légitime de la protection de l'information, au même titre que la redéfinition du principe de transparence récemment défini pour l'Etat et l'administration, qui abroge l'immunité de l'administration face au contrôle.²⁴

L'Etat a-t-il une responsabilité dépassant la garantie de sa propre constitution du patrimoine archivistique? Certainement pas de manière automatique. Le fait de rendre compte et l'utilisation pragmatique des archives comme instrument de conduite plaident en faveur d'un archivage en tant que partie intégrale d'une responsabilité globale des acteurs. Dans la règle, un engagement de l'Etat est absolument envisageable et dans de nombreux cas, il est déjà réalité. Il faut fréquemment constater que même «l'avenir de la plupart des archives d'entreprises [...] est précaire»²⁵ et que bien des choses auraient été perdues si, malgré leurs maigres ressources et l'absence de mandat légal, les archives publiques n'avaient pas contribué à la protection du patrimoine archivistique. Cela s'illustre dans des secteurs aussi opposés que la politique agricole et les

mouvements féministes, ainsi que le démontre de manière convaincante Peter Moser dans sa présentation. Un engagement actif de l'Etat en conséquence se justifie par exemple dans le contexte de réflexions en matière de développement de la prévention du risque ou de l'Etat providence, ou peut-être dans le sens d'un combat contre l'ignorance.²⁶

19 «La réserve au sein du paysage archivistique suisse était étonnamment grande [...]

L'impression que l'on s'exprime peu volontiers quant à ce thème persiste», c'était le constat, après une recherche quelque peu laborieuse d'auteurs et d'auteurs pour les articles du numéro 4/2001 RHS, Constitution du patrimoine archivistique et évaluation, introduction, p. 416.

20 Voir par exemple, pour les questions de site, James M. O'Toole, Foreword, in: James M. O'Toole (éd.), The Records of American Business, Chicago 1997, pp. vii–xvii.

21 Margrit Müller, voir note 14, p. 9.

22 L'économie de l'atome, l'industrie pharmaceutique, l'industrie agricole, etc. en sont de bons exemples. Voir à ce propos p. ex. Gavan McCarthy, Ian Upshall, Radioactive Waste Information: Meeting our Obligations To Future Generations With Regard To The Safety Of Waste Disposal Facilities, Paris 2006 (ICA Study 18).

23 Cela ne signifie en aucune manière que les règles normatives d'accès devraient être unifiées. Il est important que l'accès puisse être exigé dans le cadre de règles clairement définies. Pour les propriétaires d'archives privées, même l'archivage dans des archives publiques peut être réglé contractuellement en toute liberté, mais il faut relever qu'un archivage fiduciaire dépourvu de la possibilité de mettre les archives à disposition pour leur utilisation n'a aucun sens.

24 Voir les remarques à ce propos de Wolfgang Reinhard, Unsere Lügengesellschaft. (pourquoi nous nous éloignons de la vérité), Hambourg 2006.

25 Margrit Müller, voir note 14, p. 12.

26 Impulsions à ce propos: Ulrich K. Preuss, Risikoversorge als Staatsaufgabe. Die epistemologischen Voraussetzungen von Sicherheit, ou Helmut Willke, Die Steuerungsfunktion des Staates aus systemtheoretischer Sicht. Schritte zur Legitimierung einer wissensbasierten Infrastruktur, tous deux in: Dieter Grimm, voir note 5, pp. 523 à 551 ou 685 à 711.

La question de la collaboration devient ainsi d'autant plus cruciale. Dans ce cas, nous plaçons clairement en faveur d'une coopération organisée de manière fonctionnelle au sein d'un archivage élargi, car une séparation spatio-territoriale constituerait une enveloppe beaucoup trop étroite qui ne serait pas (plus) objectivement et logiquement appropriée, ni pour les questions d'évaluation et de protection, ni pour un accès aisé des utilisateurs.

L'AAS doit placer la discussion sur une base solide de données et tenter d'évaluer de manière empirique le nombre d'archives (étatiques) isolées à inclure dans l'évaluation ainsi que l'utilité et le gain qu'elle peut tirer de décisions d'évaluation prudentes et de leur mise en application systématique. Il n'est pas à exclure que l'évaluation dans les archives des diocèses isolés puisse être réalisée de manière plus efficace grâce à la coopération.

27 Voir, comme impulsion au fédéralisme, Uwe Wagschal, *Der Preis des Föderalismus*, et Hans Rentsch, *Föderalismus – eine Preisfrage?* Tous deux in: *Avenir Suisse* (éd.), *Der Preis des Föderalismus*, Zurich 2002, pp. 11 à 27 ou pp. 401 à 413, citation p. 11, ou aussi Institut du fédéralisme, Fribourg (éd.), 1^{re} Conférence nationale sur le fédéralisme: *Le fédéralisme coopératif face à de nouveaux défis*, Fribourg 2005.

28 Voir à ce propos un document quelque peu inattendu mais actuel: Marietta Meier, Daniela Saxer (éd.), *Die Pragmatik der Emotionen im 19. und 20. Jahrhundert*, Zurich 2007 (traverse).

29 Une énumération de tâches que l'on pourrait poursuivre à loisir. Pensons seulement à l'indispensable travail de lobbying visant à assurer un plus grand respect et une mise en application professionnelle de la fonction de l'archivage des informations, en particulier des dossiers spéciaux conservés à long terme, à la tenue des dossiers, à la lutte constante en faveur de conditions d'accès et de droits libéraux et égalitaires, à la mise en place d'un accès centralisé aux différents sites de conservation des archives, etc.

30 Nous renvoyons volontiers à Hermann Lübke, «Ich entschuldige mich.» *Das neue politische Bussritual*, Berlin 2001, qui évoque, dans ce contexte les «règles de protection des sources historiques la (les) plus importante(s) du passé politique».

En tant que représentante de tous les types d'archives et de tous les archivistes, l'AAS doit poursuivre ses efforts en vue d'ouvrir enfin la discussion quant aux questions d'évaluation concrètes, à la prise de décisions et aux stratégies d'évaluation. Le besoin de retravailler le mandat de la Commission de coordination représente pour cela une bonne opportunité, car son nouveau rôle s'étend à celui de club de débat (forum), d'une forme de think tank (organe d'analyse et de réflexion) ainsi que d'état-major de l'AAS ou de la CDA (organe de préparation à la prise de décision). Cela indique aussi que la coordination pour l'avenir est insuffisante et qu'une véritable coopération est nécessaire.

Sans être partie prenante, l'AAS peut aussi mener ouvertement les débats fédéralistes actuels à «fleur de peau». Une synchronisation appropriée et rationnelle de la constitution du patrimoine archivistique, pour le moins en ce qui concerne les tâches d'exécution de la Confédération assumées par les cantons, pourrait aussi améliorer l'efficacité du secteur étatique. Cela sera inéluctable, compte tenu des développements et reports actuels des structures fédéralistes (réformes de l'état civil, du registre foncier, de la statistique, etc.). «Le fédéralisme sera [...] en majeure partie évalué avec bienveillance en tant qu'institution fondatrice d'identité, au-delà de l'offre et de la demande. [...] A l'opposé, les coûts dont il ne sera communément pas tenu compte, resteront méconnus du public ou ne seront pas thématiques.» En effet, il existe non seulement les frais de coopération, mais aussi les frais de non-coopération.²⁷ De tels gains d'efficacité seraient souhaitables et nécessaires, compte tenu de la situation de concurrence pour l'utilisation des ressources permettant de maîtriser de nombreux défis, tels que l'archivage électronique, l'élargissement du champ de responsabilités archivistiques sans oublier la tenue des dossiers, l'approche de la diversité des médias, les besoins d'utilisation croissants, les nouvelles formes d'organisation et de travail (mot clé «new public management»), la collaboration avec les bibliothèques et musées, les contraintes d'une professionnalisation continue, etc.

L'AAS jouit en outre d'un positionnement particulièrement avantageux pour introduire dans ces débats concrets, en plus des archives respectives, deux autres parties prenantes. Il s'agit, d'une part, des nombreuses organisations produisant de grandes quantités de documents, et d'autre part, de l'historiographie qui représente toujours le groupe d'utilisateurs le plus important. Leur intégration est inévitable, puisqu'elle permet d'accroître l'intérêt et l'engagement des premières pour l'archivage, et puisque la seconde, dans la perspective d'une utilité externe à long terme, proteste à juste titre contre une pure constitution étatique du patrimoine archivistique qui serait déficiente pour elle, compte tenu de ses fréquents changements d'orientation méthodico-thématique. En revanche, l'historiographie a également pris l'habitude que, pour de nombreuses questions, seules des approches et l'administration de preuves méthodiques indirectes sont possibles; cela le restera, même si la constitution du patrimoine archivistique est appelée à devenir plus complète à l'avenir.²⁸ Pourtant, cela ne doit pas la conduire à occulter inutilement les sources qui la mettraient en mesure d'intégrer les perspectives directes (plus directes) spécifiques aux acteurs ou aux personnes concernées, au lieu de se restreindre à une vision étatique partielle.²⁹ La décision définitive d'évaluation et donc la responsabilité de la constitution du patrimoine archivistique doit cependant rester réservée aux archivistes.³⁰

Première conclusion

Actuellement, je ne considère pas la combinaison de la coordination et de la constitution du patrimoine archivistique comme suffisante et capable de nous mener au but. Il est certain qu'un élargissement de la constitution du patrimoine archivistique est important, afin de nous permettre de refléter et de consigner notre société pluraliste sous forme de patrimoine archivistique pluraliste lui aussi. Il ne suffit pas de se contenter de réclamer une (plus grande) coordination; nous avons besoin d'une harmonisation plus forte qui présume la coopération. L'exigence d'une constitution du patrimoine archivistique à plus grande échelle n'est pas

gage de succès. En effet, il est hors de question d'exiger de manière unilatérale une extension quantitative, mais il faut plutôt viser une plus grande représentativité, réalisable seulement par le biais d'une extension et d'une intensification d'une part, d'une réduction et d'une concentration d'autre part. Car tout soupçon de totalitarisme archivistique conduirait à l'échec de nos requêtes et de nos efforts. Si les conditions juridiques suffisent aujourd'hui à la mise sur pied d'une coopération authentique et fixe, seule la volonté manque. Lorsque nous serons parvenus à ce dernier point, nous pourrions assumer ensemble la responsabilité d'un *Réseau suisse archivistique* et garantir ainsi la transparence à long terme de la Suisse actuelle, et, dans un cadre de globalité universelle ou historique, rendre cette transparence exploitable par toutes les personnes intéressées ou concernées.³¹ Pour sa part, cette entreprise doit aussi être réalisée sous une forme transpa-

rente. En vue de la poursuite des travaux de réflexion, je propose donc de déplacer légèrement l'objectif d'une coordination de la constitution du patrimoine archivistique vers une *coopération pour l'évaluation au service d'une constitution du patrimoine archivistique plus complète et concentrée, ainsi que d'une coordination organisationnelle de la constitution du patrimoine archivistique dans le secteur étatique et non étatique*.

Discussion ouverte sur l'avenir

Les textes, qui suivent la présente introduction, éclairent cette thématique sous différentes perspectives. Les opinions des auteures et des auteurs évoquent de nombreux points qui ont été exposés ci-dessus, mais ils ne peuvent pas (et ne doivent pas) donner une image fermée. Les contradictions et les divergences d'opinions sont bien au contraire souhaitées. La discussion doit être animée et conduire à de meilleurs résultats, de manière à permettre en-

suite au groupe de discussion de présenter des propositions bien étayées en faveur d'une politique claire.

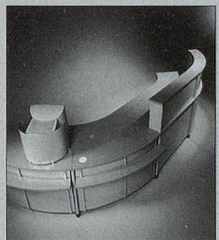
Dans les grandes lignes, le contenu de cette édition d'*arbido* est scindé en deux parties: pour commencer, il présente des descriptions provenant des différents pays de notre voisinage géo-

- 31 Christoph Conrad, Sebastian Conrad (éd.), *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, Göttingen 2002 et tout spécialement, à propos du choc entre l'historiographie nationale suisse et la mémoire cosmopolitaine, Thomas Maissen, *Verweigerte Erinnerung. Nachrichtenlose Vermögen und Schweizer Weltkriegsdebatte 1989-2004*, Zurich 2005, p. ex. pp. 137 à 148. Voir aussi les résolutions du Conseil international des archives: XXXIX^e Conférence internationale de la Table ronde des Archives (CITRA), Curaçao, 24 novembre 2006: 6^e Résolution sur les sources internationales.

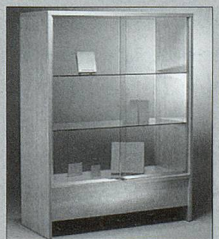
Aus unserem Sortiment:



Bücherwagen



Empfangstheken



Vitrinenmöbel

Planung und Einrichtung moderner Bibliotheken und Archive

Regalsystem UNIFLEX

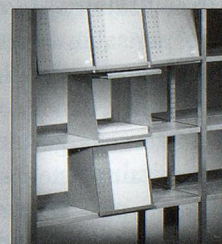


Funktionalität und Ästhetik

Zubehörelemente:



Multimedia



Präsentation und Aufbewahrung von Zeitschriften



Regalbeleuchtungen

www.bibliothekstechnik.ch
info@bibliothekstechnik.ch

Bibliothekstechnik GmbH Erlstrasse 4 4402 Frenkendorf
Tel: 061 901 41 83 Fax: 061 901 43 28



graphique ou professionnel. Suivent alors sept textes relatifs à la Suisse, rédigés par des collègues du groupe de réflexion. Ces écrits comportent un texte d'orientation plutôt générale et cinq autres traitant d'exemples concrets. Il faut souligner que dans ce pays, des approches particulièrement novatrices existent, en faveur d'une constitution du patrimoine archivistique coordonnée – ou même coopérative? – qui n'ont pas à craindre la comparaison avec l'étranger, même si les conditions juridiques et organisationnelles requises sont totalement différentes. La conclusion se compose de réflexions quant à l'intégration de cette problématique à une nouvelle formation universitaire en filière master.

Le panorama du monde archivistique international indique tout d'abord que nous ne sommes ni les seuls, ni les premiers à être confrontés à de telles questions. Cependant, les accents qui sont mis présentent des variations distinctes. Pour résumer, l'archivage de documents non étatiques est devenu aujourd'hui une tâche qui tient de l'évidence, même si, pour les conditions de travail concrètes, son exécution progresse de manière inégale. S'agit-il d'une transparence élargie des processus démocratiques ou de l'accomplissement d'un vœu de la recherche? Est-ce une tâche prescrite par la législation ou est-elle perçue de manière pratique? Les constitutions de patrimoine archivistique non étatiques sont-elles complémentaires à celle de l'Etat ou s'agit-il de constitutions de droit propre? Qui est responsable de ces archives non étatiques? En quoi consistent-elles en fait? Faut-il aussi, dans ce contexte, que l'Etat prenne en charge les tâches coûteuses dont certains acteurs directs ne reconnaissent pas (vraiment) l'utilité ou s'agit-il simplement d'un collecteur stable, compte tenu de la vie trépidante de l'économie et du manque de stabilité de

larges pans de la société civile? Faut-il des structures fixes ou des solutions en réseau? Déjà en elle-même, la diversité des réponses est intéressante et sujette à interprétation. Au choix, nous pouvons mettre en évidence les différences

En vue de la poursuite des travaux de réflexion, je propose (...) de déplacer légèrement l'objectif d'une coordination de la constitution du patrimoine archivistique vers une coopération pour l'évaluation au service d'une constitution du patrimoine archivistique plus complète et concentrée, ainsi que d'une coordination organisationnelle de la constitution du patrimoine archivistique dans le secteur étatique et non étatique.

ou les points communs. L'essentiel étant pour nous, en premier lieu, que cette thématique soit partout actuelle.

Robert Kretzschmar éclaire le développement en Allemagne, où, à la fin des années 1990, le malaise des archivistes lors de l'évaluation de documents isolés a suscité des réflexions qui ont conduit

à un concept de la constitution du patrimoine archivistique en communauté. Ce concept, dont la mise en pratique ne se fait que par petites étapes en raison du manque de ressources, est appelé à modifier le rôle des archivistes: l'archiviste historien pourrait se voir couronner d'honneurs nouveaux.

Dans un article consacré à la France, Christine de Joux et Pascal Even présentent la tradition de l'archivage privé dans les archives publiques. Ils expliquent comment de cette manière, la tentative est faite de compléter de manière sensée les archives d'Etat, ainsi que les structures étatiques particulières qui ont été mises en place à cet effet. De nombreuses archives privées sont cependant restées en mains privées. Ces derniers temps, des associations s'efforcent de les obtenir, développement qui a fait augmenter considérablement le cercle des personnes intéressées et engagées. Cela a entraîné, au moins au début, un embryon de concurrence. Aujourd'hui, cette concurrence a fait place à une collaboration dans un esprit de partenariat pouvant seul agir efficacement contre une «balkanisation» des archives.

Activités précédentes de coordination de l'AAS

Depuis un quart de siècle déjà, l'AAS assure une importante fonction de coordination pour la constitution du patrimoine archivistique en Suisse, ainsi que le montre le travail de la *Commission de coordination* qui a été créée en 1980 en tant que groupe de travail pour le «Partage des tâches entre les Archives fédérales et les Archives d'Etat». Quelque 90 recommandations figurant sur le site web de l'AAS témoignent de leurs activités, bien que plusieurs d'entre elles aient été nécessaires durant cette période. Elles touchent à des thèmes ou à des secteurs politiques tels que l'éducation – la formation – la culture et la santé – le travail – la sécurité sociale, la construction – l'énergie – le trafic – l'environnement, les finances, la police – l'armée – la protection civile, l'économie publique et le droit civil – le droit pénal – la justice ainsi que, sous le titre «Divers», différents concordats et conférences de gouvernements (régionaux).

En dépit de tout le travail et de tout l'engagement fournis, les résultats des activités des membres de la CoCo restent limités, tant par leur envergure que par leur caractère contraignant, ainsi que le révèle un sondage auprès des directrices et des directeurs des archives. En premier lieu, cela tient aux ressources réduites mises à leur disposition, mais aussi au fait que sous sa forme actuelle, la CoCo est limitée quant aux engagements contraignants qu'elle peut prendre. La Conférence des directrices et des directeurs est placée ici face à un défi. De plus, l'objectif de son travail, qui se concentre sur les deux niveaux de la constitution du patrimoine archivistique, est particulièrement étroit.

Les groupes de travail de l'AAS fourniss(ai)ent également d'autres travaux de coordination, en particulier en rapport avec les archives de l'économie privée et les archives cléricales. Dans ce cas, la coordination n'est pas orientée sur la constitution du patrimoine archivistique – bien qu'ils s'efforcent tous deux de la promouvoir – mais sur la simplification de l'accès aux collections d'archives très éparses, en faisant appel à des banques de données spéciales en tant que système central de documentation qui complète judicieusement les collections d'archives privées du répertoire des héritages manuscrits des bibliothèques et archives de Suisse.³²

32 Silvio Bucher et Josef Zweifel, Die Archive der schweizerischen Direktorenkonferenzen, in: *arbido*-R 1/1993, pp. 2–6; Daniel Kress, Die Koordinationskommission im Dienste der Bewertung, in: *arbido* 6/1998, pp. 6–7. Le répertoire figure sur http://www.nb.admin.ch/slb/dienstleistungen/online_katalog/00454/01524/index.html?lang=fr.

Marina Messina décrit comment, en Italie la législation différencie la valeur historique de la valeur archivistique, et comment la loi attribue aux archives privées une valeur archivistique toujours plus grande et les protège, alors que les archives publiques ne sont préservées que si les autorités régionales, en tant qu'organe de surveillance, constatent leur valeur historique. L'expérience a pourtant montré que des mesures d'encouragement (soutien financier, avantages fiscaux, etc.) permettent mieux de protéger les archives privées que des prescriptions. La banque nationale de données (SIUSA), accessible sur le web et donnant une vue d'ensemble coordonnée et complète de la protection du patrimoine archivistique, revêt à cet égard un intérêt particulier pour les clients.

George Mackenzie dresse le portrait du riche paysage archivistique privé de l'Ecosse ainsi que de ses collections datant de plus de 900 ans, et qui est encore géré partiellement de manière privée. Ainsi que le constate l'auteur, le cadre juridique est suranné et n'englobe pratiquement pas les archives non étatiques. Seule une utilisation permissive a permis des solutions pragmatiques, et des initiatives financées par la collectivité entre la fin du XIX^e et le début du XX^e siècle ont ouvert la voie à un travail d'archivage plus complet. Aujourd'hui, il existe un réseau informel intégrant une collaboration entre les archives publiques – de l'échelon national jusqu'au niveau local – et les archives privées. Le point central en est le Registre archivistique national écossais.

Au Québec, la protection des archives privées – définie par la loi comme pendant des archives publiques – comptait déjà parmi les tâches des Archives nationales, ainsi que l'expliquent Daniel Ducharme et Gaston St-Hilaire. L'engagement de la politique, en tant que complément indispensable à la réglementation de la loi, a suivi non sans retard. Les archives nationales privilégient l'archivage à la source mais tiennent lieu, en cas d'urgence, d'institution de rattrapage.

Tous les efforts des archives nationales vont en direction d'un partage des compétences, d'un partenariat et de la concertation des efforts.

L'article de Gilbert Coutaz qui traite de la *solidarité archivistique* met clairement en évidence que déjà en elle-même, la définition des archives privées est difficile. Ce thème est souvent compris seulement dans le sens d'archives de personnes naturelles ou de familles. Aujourd'hui, une telle vision étroite doit être élargie, même si elle risque de soulever des questions objectives et juridiques. Les archives privées s'inscrivent dans le contexte archivistique à orientation territoriale des archives publiques, bien que leur reprise dans ces dernières ne se soit pas soumise aux mêmes procédures de sélection et à des mesures de préparation comparables (mot clé: tenue des dossiers). Pour trouver des solutions d'avenir, il faut aussi penser à ce qui semble impensable et être disposé à sacrifier les traditions.

L'exemple d'une politique de collection communiquée de façon claire et transparente est présenté par François Burgy, des Archives municipales de Genève. Fondées en 1986 seulement, elles n'avaient pas été mandatées pour collectionner les archives privées, mais malgré tout, elles l'ont fait depuis le début. Depuis 2004, elles sont soumises à une politique de collection explicite, afin de pouvoir appliquer une politique cohérente dans ce domaine.

Avec les structures d'un canton relativement jeune comme l'Argovie, la collaboration entre les archives, la bibliothèque et les musées a été d'actualité presque depuis le début, ce qui n'a aucunement entravé le développement des particularités professionnelles, ainsi que le montre Andrea Voellmin. Cette collaboration a aussi été très fructueuse vers la fin du XX^e siècle et a permis dans différents cas de protéger des collections importantes de documents des plus variés.

Rebekka Wyler présente les archives d'Unia qui rassemblent des documents de provenances extrêmement com-

plexes, et qui sont organisées de manière «fédéraliste» afin de pouvoir proposer une collaboration aux différentes archives étatiques ou largement financées par l'Etat. Dans ce cas, l'archivage revêt une fonction tant politique que fondatrice d'identité. Cela est aussi valable pour l'archivage des documents de grandes sociétés et associations, ou de mouvements sociaux (souvent peu durables), comme ceux qui marquent la société civile depuis les années 1960.

Urs Kälén apporte la preuve que la fixation dans les archives de tels mouvements représente un paradoxe, mais qu'en définitive, elle est indispensable à la «reconstitution» du pluralisme. En fait, la sécurité à long terme dépend souvent de nombreux hasards et reste précaire lorsque des mesures de soutien ne peuvent être prises.

Les archives virtuelles de l'histoire agricole représentent un cas spécial de constitution du patrimoine archivistique non étatique, qu'expose Peter Moser. Dans une perspective fonctionnelle, elles traitent d'une grande partie du secteur politique pris globalement, et apportent au patrimoine archivistique étatique et non étatique un éclairage matériel intéressant des rapports de cause à effet.

Dans le dernier article, Gaby Knoch-Mund explique pourquoi, bien qu'elle représente une tâche centrale des archives, la constitution coordonnée du patrimoine archivistique n'est pas une branche à part entière dans la nouvelle formation archivistique, mais elle sera thématisée dans tous les modules dans la nouvelle *filière de master*, sous forme d'exemples étrangers et nationaux et de parties théoriques.

Il ne me reste plus, chère lectrice, cher lecteur, qu'à vous souhaiter une intéressante lecture. Elle m'a procuré l'inspiration nécessaire à de nouvelles constructions de mes propres idées – j'espère qu'il en ira de même pour vous et je me réjouis de poursuivre la discussion.

contact:

andreas.kellerhals@bar.admin.ch